Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 182. Mittwoch den 3. Juli 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, den 30. Juni. Der Finanzminister verordnet eine neue Organisation der Steuerzahlung durch Vergrößerung der Steuerkreise.

Sonst nichts Neues von Bedeutung.

(Passage de l'Opéra.) 5% 94. 30.

Hamburg, den 1. Juli. **Aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit bis auf die Erbfolge innerhalb 8 Tagen geordnet sein wird.**

Börse sehr animirt., Geldmarkt williger. Berlin-Hamburger 87. Köln-Minden 96½. Magdeburg-Wittenberge 58¼. Nordbahn 43.

Frankfurt a. M., den 1. Juli. Nordbahn 43¼. 4½% Metalliques 69½. 5% Metalliques 79½. Spanier 32¾. Badische Loose 31⅝. Kurhessische Loose 32⅛. Wien 99¾.

Uebersicht.

Breslau, 2. Juli. Die Thätigkeit in den Kreisen der Minister und des diplomatischen Corps zu Berlin ist außergewöhnlich groß. General Radowitz, welcher schon am 29. Juni zu Berlin eingetroffen war, ist seitdem fast ununterbrochen in Sanssouci gewesen, nur an dem Ministerrathe zu Berlin vom 30sten nahm er Theil, welchem auch der interim. Präsident des Fürstenkollegiums, v. Sydow, beiwohnte. Der Gegenstand dieser andauernden Berathungen ist nämlich der Stand der deutschen und der dänischen Angelegenheiten.

Der preußische Gesandte am Wiener Hofe, Graf Bernstorff, soll von da folgende Proposition des österreichischen Kabinets mitgebracht haben: Die Union werde suspendirt. In diesem Falle erkläre sich Oesterreich bereit, das Präsidialrecht aufzugeben und den Charakter des Plenums in Betreff der Versammlung zu Frankfurt fallen zu lassen. Ist letzteres Anerbieten gegründet, so würde sich Oesterreich hiermit eine große Blöße geben, denn es würde zugleich stillschweigend eingestehen, daß gegenwärtig dieses Recht und der Plenums-Charakter usurpirt seien. Es versteht sich von selbst, daß Preußen dieses Anerbieten zurückweisen wird, welches auch die Absicht unseres Kabinets ist.

Die Antwort Preußens auf das dänische Ultimatum ist bereits ausgefertigt, da sie mit großer Sehnsucht in Kopenhagen erwartet wird. Sie soll dahin lauten: es wird ein einfacher Friede abgeschlossen, vorbehaltlich der beiderseitigen Rechte. Auf eine Reduktion der schleswig-holsteinischen Armee würde man insoweit hinwirken, als das gewöhnliche Bundeskontingent in Holstein aktiv bliebe, und zwar als abgesondertes Corps. Rendsburg und Friedrichsort seien nicht, wie es das dänische Ultimatum wolle, als zu Schleswig gehörend zu betrachten. — Kommt auch auf diese Bedingungen hin ein Friede zu Stande, so ist zu bedenken, daß die Herzogthümer in eine Trennung nie willigen werden, und eben deshalb sich gegenwärtig zum Losschlagen bereit halten. — Die dänische Armee, die dem schleswig-holsteinschen Heere gegenübersteht, beläuft sich auf 36,000 Mann mit 7 Kriegsschiffen. Davon befinden sich 16,000 Mann auf Fühnen, 10,000 Mann auf Alsen und ebensoviel an der jütischen Grenze.

An die Vermehrung der preußischen Kriegsmarine wird rüstig Hand gelegt. Im August wird zu Wolgast eine Fregatte von 40 Kanonen vom Stapel laufen und sofort ein Linienschiff von 100 Kanonen in Bau genommen werden.

In den hohenzollernschen Landen sollen die preußischen Verwaltungs-Gesetze nur successive eingeführt werden. Vorläufig soll daselbst eine selbstständige Verwaltungsbehörde bestehen, die nur unmittelbar vom Ministerium abhängig ist.

Nach dem offiziellen „Dresdener Journal" wird der König von Sachsen in diesen Tagen einen Besuch in Sanssouci abstatten.

Das Ministerium zu Kassel macht bekannt, daß vom 1. Juli ab die direkten Steuern nicht erhoben werden dürfen. — Es heißt: der Kurfürst habe die beiden Ministerien des Innern und der Justiz dem Staatsminister Hassenpflug abgenommen und dieselben provisorisch dem Mitgliede des Gesammtministeriums ohne Portefeuille, Abée, übertragen.

Das Ministerium zu Stuttgart hatte seine Entlassung eingereicht; sie ist aber nicht angenommen worden, weil man keine neuen Minister bekommen konnte.

In der Wetterau werden die Judenverfolgungen so arg, daß man Militär aufbieten muß.

Endlich ist es am 28sten v. M. im britischen Unterhause zum Schluß der Debatte über das Vertrauensvotum gekommen. Das liberale Ministerium hat mit einer Majorität von 46 Stimmen gesiegt. Es wird bleiben. — Rob. Peel hat bei einem Sturz vom Pferde das Schlüsselbein gebrochen.

Breslau, 2. Juli.

Der österreichische Handelsminister hat einen Organisationsplan für die Zollverfassung und Handelspolitik der vereinten Staaten von Oesterreich und Deutschland in einer Denkschrift entwickelt. Wir haben zu wiederholten Malen entschieden erklärt, daß wir die Zolleinigung von Oesterreich und Deutschland für ausführbar, daß wir sie für segensreich für beide Ländergebiete halten. Wir erklären ebenso entschieden, daß die Form, die Bedingungen und die politischen Voraussetzungen, unter denen Oesterreich seine Anerbietungen macht, für Preußen und die ihm verbündeten Regierungen nach unserer Meinung keinen andern Weg offen lassen, als die in der Denkschrift enthaltenen Vorschläge einfach abzulehnen. Man soll uns nicht sagen, daß wir das materielle Wohl der deutschen Nation unsern besonderen Wünschen opfern. So tief durchdrungen wir von der Wahrheit sind, daß die Gemeinschaftlichkeit der materiellen Interessen das festeste politische Band abgiebt, so innig überzeugt sind wir auch, daß es für Deutschland gegenwärtig ohne politische Einigung keine materielle giebt. Bei der trostlosen Verwirrung und Zerfahrenheit der deutschen Angelegenheiten, bei den Gefahren, die uns von außen und innen her drohen, sehen wir die Frage der politischen Konsolidirung als die wahre und eigentliche Lebensfrage für unser Vaterland an. Alle übrigen müssen wir auf diese eine zurückbeziehen, die österreichischen Vorschläge aber um so mehr, als die österreichische Handelspolitik wesentlich auf politischer Basis ruht und ein integrirender Theil der Gesammtpolitik Oesterreichs in der deutschen Frage ist.

Bereits gegen die bekannte erste österreichische Denkschrift haben wir ankämpfen müssen, weil sie die Anbahnung und Leitung der Zolleinigung der Bundescentralkommission zuwies, einer Behörde, deren Kompetenz hierzu wir aus der Konvention vom 30. September unmöglich herleiten konnten, und deren Amtsführung ungefähr in demselben Augenblicke zu Ende gegangen wäre, als der Zollkongreß, den Oesterreich damals beantragte, zusammentrat, vielleicht ehe man sich über den Modus der Vertretung verständigt hätte.

Wir finden uns mit der zweiten österreichischen Denkschrift noch weit weniger im Einverständniß. Sie macht das Projekt den Regierungen von Baiern, Sachsen und Württemberg vom 27. Februar zu ihrer politischen Voraussetzung und hält die für die Revision der Bundesverfassung darin aufgestellten Grundsätze „für geeignet, eine heillose Spaltung Deutschlands zu vermeiden und diejenigen Zusagen zu erfüllen, welche die Bundesregierungen der Nation durch die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 20. April 1848 gegeben haben." — Uns dagen erscheint das Münchener Projekt mit seiner augenscheinlichen Tendenz, die Bundesgewalt in ihren wesentlichsten Funktionen, in der Repräsentation der Nation nach außen, im Innern in der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt zu verkümmern, mit seiner klar hervortretenden Absicht, der Vertretung des deutschen Volkes allen Einfluß zu entreißen und die Macht in die Hände einer Bundesregierung zu legen, in der die kleinen Königreiche so viel Gewalt haben, wie Oesterreich und Preußen, oder vielmehr in der Oesterreich im Bunde mit den kleinen Königreichen unsere Geschicke vollkommen abhängig von sich macht, uns erscheint, sagen wir, das Münchener Projekt ganz geeignet, eine heillose Spaltung in Deutschland hervorzurufen, und wir sind keineswegs gesonnen, für diesen monströsen Entwurf die Union aufzugeben.

Die österreichische Denkschrift schlägt die sehr begründeten Bedenken, die gegen die Vereinbarkeit der Verfassung vom 4. März sowohl mit dem Münchener Projekt, als mit dem gegenwärtigen Zollplane zu erheben sind, durch den einfachen Satz nieder „daß die Verfassung vom 4. März die dauernden historischen Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland nimmermehr konnte aufheben wollen, und daß jede Folgerung aus dem Standpunkte der Verfassung vom 4. März gegen althistorische und im Bundesrecht begründete Verhältnisse zurückgewiesen werden müßte." Wir begreifen weder, wie die Rechtsgültigkeit einer Verfassung, die zwar bis jetzt blos noch auf dem Papiere, aber doch rechtsgültig auf dem Papiere steht, durch „althistorische Verhältnisse" umgestoßen werden kann, noch können wir uns damit befassen, was die Verfassung vom 4. März wollte oder nicht wollte. Was aber thatsächlich darin enthalten ist, schließt schon an und für sich die Verbindung Oesterreichs und Deutschlands in der von dem Handelsminister projektirten Weise aus.

Die österreichische Denkschrift übergiebt die Leitung der Zoll- und Handelsangelegenheiten der „Bundesgewalt", einer Gewalt, von der wir noch durchaus nicht wissen, was Oesterreich sich darunter denkt, gegen die wir uns von vornherein erklären müßten, wenn die siebenköpfige Bundesregierung des Münchener Projekts damit gemeint wäre.

Die österreichische Denkschrift weist die Berathung ihrer Vorschläge mit Umgehung des früher projektirten Zollkongresses unmittelbar der Versammlung von Bevollmächtigten der deutschen Bundesstaaten in Frankfurt zu, welche nach österreichischer Auffassung den alten Bundestag repräsentirt. Nach unserer Auffassung besteht das Bundesplenum als solches nicht mehr zu Recht. Wir können der Versammlung zu Frankfurt weder auf Art. I. der Bundesakte, noch auf Art. I. und V. der Schlußakte hin das Recht einräumen, über die Zoll- und Handelsangelegenheiten entscheidend zu berathen. Hierzu müßten alle Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen besondere Mission erhalten.

Unsere politische Auffassung weicht demnach vollständig und in allen Punkten von der der Denkschrift ab; wir scheitern bereits an den Vorfragen, und die Divergenz ist so schroff, daß an eine Vereinbarung nicht zu denken ist, daß wir uns vielmehr, indem wir auf die Vorschläge Oesterreichs eingehen, sofort allen ihren Konsequenzen zu fügen genöthigt sind. Wir werden sogleich sehen, was das für Konsequenzen sind.

Die österreichische Denkschrift ist gegen die Union gerichtet; sie substituirt ihr das Münchener Projekt und sucht ihr den Boden unter den Füßen zu nehmen, indem sie die Konsolidation unterbricht und Alles von Neuem auf die Berathung setzt.

Sie ist gegen den Zollverein gerichtet; sie erklärt geradezu, daß er dem Bedürfnisse nicht mehr entspreche; es wird „nicht eine Auflösung, sondern eine Verschmelzung und Ausdehnung der vorhandenen Vereine über ganz Deutschland beabsichtigt." Wie durch die Frankfurter Berathungen den kleinen Staaten der Union, so sollen durch die Erweckung unbestimmter Hoffnungen auf „das große mitteleuropäische Zollgebiet von 70 Millionen" die Königreiche dem Zollverein entzogen werden.

Die Denkschrift ist gegen den Anschluß der deutschen Küste an den Zollverein gerichtet. „Die Nordseestaaten, heißt es, werden sich weit eher entschließen, einem 70 Millionen Bewohner umfassenden österreichisch-deutschen Zollverbande, als dem Zollvereine in seinem gegenwärtigen Bestande beizutreten."

Die Abrundung des Zollvereins durch die Küste ist es, welche Oesterreich am meisten fürchtet, und welcher es von jeher durch große Anerbietungen am erfolgreichsten entgegenzutreten glaubte. „Preußen werde mit dem Plane, den es bisher auf dem bereits gänzlich durchlöcherten Boden des engern Bündnisses zu verwirklichen gesucht habe, auf dem der materiellen Interessen noch weniger glücklich sein, zumal in einem Augenblick, wo Oesterreich seine Märkte zu öffnen bereit sei," sagte am 17. April das Organ des österreichischen Handelministeriums bei Gelegenheit der Berufung der Kasseler Konferenz, und als von Unterhandlungen Preußens mit den norddeutschen Staaten über eine Zolleinigung die Rede war.

Die Denkschrift kommt unmittelbar vor dem Zusammentreten der Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten zur Generalkonferenz in Kassel. So verwirklicht sich, was einst von österreichischer Seite her gedroht wurde: „wenn Preußen auf der Kasseler Konferenz die deutsche Zolleinigung vergessen sollte, so werde man dieselbe dort in Erinnerung zu bringen und die Berathungen auf den jetzt allein angemessenen Boden der deutschen Zolleinigung zurückzuführen wissen." Die Kasseler Konferenz ist aber zur Reorganisation und zur festen Zusammenschließung des Zollvereins auf neuer ökonomischer Grundlage bestimmt. Kassel ist für den Zollverein, was Erfurt für die Union ist. Indem Oesterreich hier mit Vorschlägen zur Gesammtzolleinigung auftritt, wendet es dieselbe, alle Organisationsversuche lähmende, Politik an, die es in der Verfassungsfrage befolgt hat.

Preußen steht an der Spitze der Union, Preußen steht an der Spitze des Zollvereins, Preußen ist berufen, an die Spitze des großen deutschen Zollgebietes zu treten, das durch die Verbindung des Zollvereins mit der Küste entstehen und die sicherste materielle Grundlage für den deutschen Bundesstaat bilden würde. Preußen endlich hat die Kasseler Konferenz berufen.

Gegen Preußen also tritt die österreichische Denkschrift auf; sie sucht ihm die Führerschaft zu entziehen, die es bisher in den materiellen Angelegenheiten der Nation gehabt hat, und in den politischen zu erlangen auf dem Wege war; sie sucht die Union und den Zollverein, die Schöpfungen Preußens, durch ihr Münchener Projekt, sie sucht Erfurt und Kassel durch den Palast in der Eschenheimer Gasse zu ersetzen. Wer die österreichische Denkschrift acceptirt, acceptirt den Kampf gegen Preußen.

Und wird man uns nicht zumuthen, diesen Kampf zu führen; uns, deren ganzes Wollen und Denken darauf gerichtet ist, daß Preußen an die Spitze von Deutschland trete. Uns wird man nicht zumuthen, alle unsere politischen Ueberzeugungen, Hoffnungen und Pläne zu opfern, um dafür keineswegs eine feste Gestaltung mit bestimmt zu bezeichnenden Vortheilen für Deutschland, sondern den Schatten einer Idee einzutauschen. Wir vermögen aber in der österreichischen Denkschrift nichts Anderes zu erblicken. Sie stellt die Zoll- und Handelsfrage in die Instanz der Vereinbarung von 35 Regierungen, die sich seit zwei Jahren, in der schwersten und gefährlichsten Zeit für Deutschland, über fast Nichts haben vereinbaren können, von denen jede ein anderes Interesse hat, jede mit eiserner Starrheit auch den kleinsten Titel ihrer Souverainetät behaupten, und sich als kleine Großmacht geriren will. Von neuem mit der österreichischen Denkschrift auf Entdeckungsreisen nach der Form auszugehn, in welcher, wie sie sich sehr schön ausdrückt, „die historisch-berechtigte Vielheit mit der nothwendigen Einheit wirksam zusammengehen kann, und die den einzelnen Gliedern keine Opfer zumuthet, welche das Ganze nicht erheischt," fühlen wir weder den Beruf noch das Bedürfniß in uns.

Wir glauben diese Form bereits gefunden zu haben und halten fest an ihr. Wir halten fest an der Union und an dem deutschen Bundesstaate, der aus ihr hervorgehen soll. Wir halten fest an dem Zollverein, dem einzigen sicheren Anhaltspunkte, an den sich gegenwärtig die Umbildung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse anlehnen kann, der einzigen Form, welche in ihrer weiteren Entwickelung auch den Wünschen, welche wir für die politische Gestaltung Deutschlands hegen, vollkommen entspricht und ihr die Befestigung und Stärkung einer materiellen Grundlage zu geben geeignet ist. Die weitere Entwickelung des Zollvereines aber ist seine Verbindung mit der Küste. Mit ihr wird in Wahrheit ein einheitliches deutsches Zoll- und Handelsgebiet hergestellt sein. Dies Gebiet möge mit Oesterreich, dies wünschen wir selbst, in einen handelspolitischen Verband treten. Aber es möge sich selbst erst fest konstituiren, ehe die Unterhandlungen mit Oesterreich eröffnet werden. Für jetzt haben wir andere und wichtigere Dinge zu thun, als fürstlich Schwarzenbergischen Ideen nachzuschweben.

Preußen.

Berlin, 1. Juli. Ihre königliche Hoheit die verwittwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin ist heute nach Schwerin abgereist. — Ihre Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Peter von Oldenburg sind von St. Petersburg hier eingetroffen.

C. C. **Berlin,** 1. Juli. [General v. Radowitz. — Die österreichischen Vorschläge in Betreff der Union. — Die beiden Hessen. — Die bevorstehende Regulirung der öffentlichen Angelegenheiten in den hohenzollerschen Landen. — Statistische Angaben über die Betheiligung an den Gemeinderathswahlen in Düsseldorf. — Vermischte Nachrichten.] General-Lieutenant v. Radowitz, welcher am 28. Juni hier eintraf, begab sich sogleich nach Sanssouci, von wo derselbe am 29. nur auf wenige Stunden und gestern am 30. nur zu der um 1 Uhr Mittags stattgehabten Sitzung des Staatsministeriums nach Berlin kam. Unmittelbar nach letzterer kehrte Herr v. R. nach Sanssouci zurück, wo derselbe dem Vernehmen nach den ganzen Tag verweilen wird. Man glaubt auch nicht, daß Se. Excellenz schon in der morgen stattfindenden Sitzung des provisorischen Fürsten-Collegiums präsidiren werde. Als Gegenstand der Berathungen in Sanssouci, an denen theilweise auch Herr v. Sydow Theil genommen habe, bezeichnet man den Stand der deutschen Sache, welche in der gestrigen Staats-Ministerial-Sitzung besprochen worden ist. — Die österreichischen Vorschläge, welche Graf Bernstorff von Wien mitgebracht hat, beschränken sich, wie uns mitgetheilt wird, auf den Antrag einer **Suspension der Union, wogegen dann die Ansprüche auf den Charakter der frankfurter Versammlung als des alten Bundes-Plenums und auf die Präsidial-Befugniß Oesterreichs aufgegeben werden würden.** Wir zweifeln, daß dieser Antrag Preußischer-Seits annehmbar befunden werden dürfte, da derselbe die Absicht einer abermaligen Verlängerung der deutschen Wirren ohne jede positive Lösung allzu offen darlegt. — Gestern ist die Nachricht hier eingetroffen, daß erst am 29. Juni der Rücktritt des Ministers Jaup in Darmstadt, welchen telegraphische und andere Meldungen schon mehrere Tage vorher als geschehen angezeigt hatten, wirklich erfolgt ist. Von der Thätigkeit seines Nachfolgers, des Herrn v. Dalwigk, verlautet noch nichts. Es dürfte indessen eine Schwenkung der großherzogl. hessischen Regierung nach der Seite der Gegner der Union hin um so eher zu erwarten sein, als eine solche von Seiten Kurhessens bereits eingetreten ist. Herr Hassenpflug tagt mit demselben „Plenum", gegen dessen Anerkennung er sich in Berlin ausgesprochen hatte. Auffallen können **diese Schritte der beiden hessischen Regierungen** nur in so fern, als sie in einem Augenblicke geschehen, wo die Sache der Union durch die Thätigkeit der Unions-Regierung, des Fürsten-Kollegiums und der preußischer Seits beauftragten Minister, näher als je daran ist, zur vollendeten Thatsache zu werden. — Wir hören, daß rücksichtlich der hohenzollernschen Lande beschlossen worden ist, **den Kammern ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Staats-Regierung zur successiven Einführung der preußischen Verwaltungs-Gesetze in die neuen Besitzungen nach Maßgabe des anerkannten Bedürfnisses autorisirt wird,** da es unmöglich sein würde, den Kammern alle diese Gesetze einzeln zur Berathung und Beschlußfassung über deren Anwendung auf die hohenzollernschen Lande zu überweisen. Außerdem ist die Nothwendigkeit einer in sich selbstständigen Verwaltung derselben jetzt anerkannt, und der frühere Plan eines Anschlusses an die Rhein-Provinz aufgegeben. Hiernach würde die oberste Behörde der Fürstenthümer unmittelbar unter den Ministerien stehen. Rücksichtlich der Justizverwaltung ist die Einsetzung eines Kreisgerichts mit mehreren Einzelrichtern und mit 2 Abtheilungen, deren eine wenigstens in Kriminalsachen zugleich als Appellationsgericht fungiren würde, rücksichtlich der Militärverfassung die Eintheilung des Landes in zwei Landwehr-Kompagnie-Bezirke, die einem rheinischen Landwehr-Bataillons-Bezirke beigelegt würden und die Ueberweisung sämmtlicher auszuhebenden Mannschaften an das 8te Armee-Korps vorgeschlagen. Wegen Erleichterung der jetzigen Einquartierungslast sollen, da eine Kasernirung der Besatzungstruppen zur Zeit nicht möglich ist, unverzüglich Anordnungen getroffen werden. — Wie erwartet (und in der Bresl. Z. bereits gemeldet), sind die Gemeinderaths-Wahlen zu Düsseldorf, wie in der 3ten, so auch in der 1sten und 2ten Abtheilung im konstitutionellen Sinne und zwar mit großer Majorität, ausgefallen. Auch war die Betheiligung der Wähler an diesen Wahlen verhältnißmäßig weit zahlreicher als in frühern ähnlichen Fällen. Während nämlich im J. 1846 bei Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 23. Juli 1845 in der 1. Klasse von 127 Wahlberechtigten je nach den verschiedenen Scrutinien 43 bis 90, bei der Ergänzungswahl vom Februar 1849 von 132 Wählern 47, bei der Wahl vom Januar d. J. von 140 Wählern 70 stimmten, machten jetzt bei Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März d. J. von 132 Wählern 71 von ihrem Rechte Gebrauch. In der 2ten Klasse stimmten 1846 von 340 Wählern 36 bis 138, im Jahre 1849 von 335 Wählern 99, im Januar d. J. von 372 Wählern 83 bis 194, im Juni d. J. aber von 353 Wählern 200. In der 3ten Klasse endlich stellt sich das Verhältniß am Günstigsten; denn hier stimmten 1846 von 762 Wählern 85 bis 180; im J. 1849 von 830 Wählern 60, im Jan. d. J. von 830 Wählern 126 bis 220, dagegen im Juni d. J. von 834 Wählern nicht weniger als 447. In der 2ten Klasse erhielt von den konstitutionellen Kandidaten der erste 192, der letzte noch 171, dagegen von den demokratischen der erste nur 28, der letzte nur 10 Stimmen; in der 3ten Klasse von den Konstitutionellen der erste Kandidat 346, der letzte noch 275, dagegen von den Demokraten der erste nur 147, der letzte nur 76 Stimmen. — Die 3 reitenden Kompagnien des 7. Artillerie-Regiments sollen künftig zusammen in Wesel stationirt werden. — Es ist uns ein falscher Ein-Thaler-Kassenschein zu Gesicht gekommen, welcher in der Provinz Sachsen saisirt worden ist und dem ähnliche dort mehrfach kursiren sollen. Derselbe ist am leichtesten zu erkennen an der verkehrten Stellung der Ziffer 6 in den Worten „nach dem Münzfuße von 1764", die Ziffer sieht aus wie ein kursiv geschriebenes lateinisches *d*. — Am 28. v. M. kamen hier 624 Personen an und reisten 651 von hier ab; am 29. kamen an 638 und reisten ab 722. Unter den Angekommenen sind der General-Lieutenant v. Radowitz und der bekannte karlistische General Cabrera.

⚭ **Berlin,** 1. Juli. [Resultatlosigkeit in den deutschen Angelegenheiten. — Die preußische Gegenerklärung auf das dänische Ultimatum.] Das Thema von der Resultatlosigkeit der Verhandlungen der Kabinette über unsere deutschen Angelegenheiten ist so oft behandelt und bietet ein so trauriges Bild dar, daß wir nicht von Neuem darauf zurückkommen wollen. Es ist aber von rein geschichtlichem Interesse, sich einmal einen Ueberblick zu verschaffen, in wie hundertfach gestalteter Form die Webeschiffchen diplomatischer Unterhandlungskunst durcheinanderfliegen, ohne daß doch eben etwas Anderes sich als Resultat ergäbe als die völlige Resultatlosigkeit, weil einer Penelope gleich stets das auf der einen Seite die eine Unterhandlung wieder vernichtet, was die andere mühsam geflochten. Schon unter den letzten Zuckungen der Erhebung von 1848 begannen die diplomatischen Künste wieder ihr Spiel, und als die Reichsverfassung gewaltsam zerstört und über die letzten Anträge der Nationalversammlung standrechtlich abgestimmt worden war, da erhielten sie seit den hier in Berlin zur Herstellung des Bündnisses vom 26. Mai eröffneten Unterhandlungen ihre ganz bestimmt formulirte Gestalt. Ihren Höhepunkt haben sie aber in der That in diesem Augenblicke erreicht. Man denke nur einmal an folgende gleichzeitige Konferenzen: Noch stehen sich die beiden Gruppen deutscher Staatenbevollmächtigten in Frankfurt schroff gegenüber, und schon haben seitdem an drei anderen Stellen die Unterhandlungen über den gleichen Gegenstand begonnen. Fürst Schwarzenberg und der Prinz von Preußen erschienen in Warschau, um unter der Einwirkung eines dritten mächtigen Schiedsmannes eine Ausgleichung zu versuchen. Graf Bernstorff setzte unterdeß rührig seine Bemühungen in Wien fort, und in diesem Augenblicke nun deliberiren die Herren v. Radowitz, v. Bernstorff und die Minister geschäftig hier in Berlin, während zu gleicher Zeit Graf Nesselrode mit dem Herrn v. Meyendorff in Dresden zusammentrifft und der Prinz von Preußen sich vielleicht in London bemüht, das Urtheil englischer Staatsmänner umzustimmen. Daß die geschäftige Fama endlich schon wieder von einer bevorstehenden Zusammenkunft des jungen Kaisers von Oesterreich mit dem preußischen Thronfolger in Stolzenfels redet, mag mehr von dem Glauben an die ewig neu beginnenden Bemühungen zeugen, als bis jetzt der Wahrheit entsprechen. Leider sind Fürstenkongresse und diplomatische Künste

immer gleich resultatlos gewesen, wenn es sich darum handelte, den Bedürfnissen und Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, und wir dürfen daher wohl in dem unlösbaren Widerspruche zwischen der Neigung, noch aufrichtig dem zu genügen, was die Regierungen in so reicher Fülle in den Tagen der Noth während des Jahres 1848 versprachen, und den jetzigen Absichten derselben den Grund der traurigen noch fortdauernden Resultatlosigkeit suchen. Es gab eine Zeit, wo das Volk sich frei vor dem Fürsten in dieser Beziehung aussprechen durfte, und deshalb möchten wir hier wieder einmal aus der mehr verborgenen Geschichte der Märztage eine Anekdote in Erinnerung bringen, die deutlich bekundet, was selbst die konservativsten Männer des Volkes immer nur von solchen Berathungen erwarteten und hofften. Bekanntlich war auch unmittelbar vor dem Ausbruche der Märzbewegung ein Kongreß der deutschen Fürsten nach Dresden zusammenberufen, weil man das Bedürfniß fühlte, den guten Willen zu zeigen, zu einer Reform von Oben her die Hand bieten zu wollen. Damals war in den Stunden der drängendsten Noth hier eine zahlreiche Deputation aus dem Rheinlande eingetroffen, um dem Könige die Wünsche des Volkes darzulegen, und sie hatte fast in demselben Augenblicke beim Könige jene denkwürdige Audienz vom 18. März 1848, als der Kampf auf den Straßen bereits begann. Herr v. Wittgenstein, der damalige Oberbürgermeister, jetzige Präsident zu Köln, führte das Wort, und als der König nun in Erwiderung der Rede desselben ihm antwortete, daß er bereits einen Fürstenkongreß zusammenberufen habe, welcher sich über die deutsche Frage und was mit ihr zusammenhänge, besprechen und verständigen solle, da antwortete Wittgenstein festen Tones: „Majestät, wenn ich Ihnen die Wahrheit sagen soll, das Volk befürchtet von einem solchen Kongresse die Reaktion." Der König schwieg einen Augenblick gedankenvoll still und erwiderte dann ruhig: „So, so! das hätte ich nicht geglaubt, ich habe den deutschen Fürsten nichts zu befehlen, doch will ich versprechen, das Talent der Rednergabe, welches mir von Gott verliehen ist, nach allen meinen Kräften aufzubieten, um die Fürsten zu bestimmen, dem großen Werke der Einigung des Vaterlandes ihre Beistimmung zu geben." Uns scheint die Sache noch eben so zu liegen: das Volk fürchtet von allen diesen Zusammenkünften auch jetzt noch die Reaktion, obwohl es auch jetzt nicht an dem guten Willen einzelner Fürsten zweifelt. — Man erzählt heute bereits Genaueres über die preußischer Seits auf das dänische Ultimatum erlassene Gegenerklärung. Hiernach sei Preußen bei einem einfachen Friedensabschluß unter Vorbehalt der beiderseitigen Rechte gewillt, zu einer Auflösung der schleswig-holsteinschen Armee insofern mitzuwirken, als dieselbe auf das matrikularmäßig feststehende Bundes-Kontingent für Holstein reduzirt werde, welches dann aber als gesonderter Truppentheil fortzubestehen habe. Die Regelung der Verhältnisse in Schleswig solle Dänemark ausschließlich überlassen bleiben mit dem Vorbehalte, daß Nichts in der staatsrechtlichen Stellung dieses Herzogthums zum dänischen Gesammtstaate geändert werde. In irgend eine Erklärung, welcher der Sinn untergeschoben werden könne, als werde anerkannt, daß Rendsburg und Friedrichsort zu Schleswig gehöre, könne man dagegen nicht willigen. Dies soll der wesentliche Inhalt der preußischen Antwort sein, wie heute hier in diplomatischen Kreisen berichtet wird.

C. B. **Berlin**, 1. Juli. [Tagesbericht.] Minister v. d. Heydt ist von seiner Inspektionsreise durch Schlesien zurückgekehrt; wie es heißt, würde Hr. v. d. Heydt in Kürze eine gleiche Reise durch andere Provinzen unternehmen. Ob dieser Reise die des Hrn. v. Manteuffel nach dem Rhein vorangehen wird, steht noch dahin. — Hr. v. Persigny wird wohl noch heute von Paris hier eintreffen. — So viel man bis jetzt von einem Einfluß der neuen Preßverordnung auf den Fortbestand der politischen Tagespresse Berlins wahrzunehmen vermag, wird nur ein Blatt das Opfer der neuen Legislative werden, — merkwürdigerweise ein dem Dienste des Ministeriums gewidmetes und aus dessen Fonds begründetes Blatt, die „Neuesten Nachrichten". Die Regierung kann sich über diesen Verlust dieses literarischen Schildhalters leicht trösten. Bei der Begründung schien die Absicht bestimmend zu sein, für die Kreise, in welchen die demokratische „Urwähler-Zeitung" wirksam war, einen Contremineur zu schaffen. Das wurde aber von vorn herein so ungeschickt in Angriff genommen, daß das mit verhältnißmäßig nicht geringem Kostenaufwande begründete Blättchen seines Unterganges auch ohne das neue Preßgesetz sicher war. — Der bekannte demokratische Abgeordnete zur National-Versammlung Schultze (Delitzsch) hat sich mit der Tochter einer der reichsten Kaufmannsfamilien Berlins verlobt. — Die Professur für die Geschichte der Medizin, die durch den kürzlich erfolgten Tod des geh. Raths Hecker erledigt ist, wird, wie es heißt, dem Professor Henschel in Breslau übertragen werden. — Bei den umfassenden Prozeduren des Kriminalgerichts gegen die Personen, welche vom Wucher seit Jahren Gewerbe machen, soll die Aufmerksamkeit auf einen bekannten Wundarzt gelenkt worden sein, der, seitdem er vor vielen Jahren durch seine wundärztliche Praxis Gelegenheit erhalten, das mühelosere und gewinnreichere Geschäft des Wucherers zu betreiben, sich diesem ausschließlich widmete und die Wundarzeneikunst nur noch als Aushängeschild benutzte. Dem Vernehmen nach ist derselbe verhaftet worden.

Am Sonntag Abend sind, wie bereits bemerkt, die Wählerlisten zum Gemeinderath geschlossen. Es waren bis dahin 1048 Reklamationen eingegangen! Zahlreiche andere sind noch am Montag Morgen nachgefolgt, die aber unberücksichtigt ad acta gelegt werden mußten. Die Reklamationen sind in den letzten Tagen mit solchem Eifer betrieben worden, daß viele Personen, welche bereits in den Listen standen, sich noch einmal als fehlend anmeldeten. Andere zwei bis drei Reklamationen einreichten. Man scheint eben die gedruckten Reklamations-Formulare unterschrieben zu haben, ohne sich viel dabei zu denken. Im Ganzen haben circa 4500 Personen die ausgelegten Wählerlisten eingesehen. Von dem Rechte, auch gegen den Mitbürger zu reklamiren, sei es, daß man ihn zu hoch oder zu niedrig eingeschätzt erachtete, hat hier gegen die allgemeine Erwartung Niemand Gebrauch gemacht. — Der auf der Werfte zu Wolgast unternommene Bau der Fregatte „Friedrich Wilhelm IV." schreitet jetzt sehr rasch vorwärts, da dieselbe bereits am 12. August vom Stapel gelassen werden soll. Die zu ihrer Bemannung bestimmten Matrosen sind aus den in der preußischen Marine gebildeten Seeleuten ausgehoben und bis zum 12. August auf Urlaub entlassen worden. Mehrere derselben befinden sich gegenwärtig in Berlin. Die Fregatte wird mit 40 Kanonen bewaffnet werden und kostet vollständig ausgerüstet 300,000 Rtlr. Im Herbste soll auch der Bau eines großen Linienschiffes, eines Dreideckers, in Angriff genommen werden. Dasselbe wird 100 Kanonen tragen und dürften die Kosten des Baues nebst der vollständigen Ausrüstung sich auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Thaler belaufen. Die Kosten der Kanonenböte beliefen sich für jedes vollständig ausgerüstete Fahrzeug auf 40,000 Rtlr. Nach Bemannung der Fregatte Friedrich Wilhelm IV. und des zu bauenden Linienschiffes wird die preuß. Marine 3000 Matrosen und 1500 Seesoldaten zählen. — Heute Morgen wurden die beiden Chefs der Lassarschen und der Gropiusschen Buchhandlung schon in der Frühe zu den betreffenden Revierkommissarien entboten, woselbst ihnen zu Protokoll eröffnet wurde, daß das Ministerium des Innern sich veranlaßt gefunden habe, den Debit der Reichsbremse zu untersagen. Die Vorgeladenen mußten diese Mittheilung durch Unterschreibung einer Erklärung, worin sie sich für den Kontraventionsfall den gesetzlichen Strafen unterwerfen, ausdrücklich anerkennen. — In den letzten Tagen sind an verschiedenen Orten bei polizeilichen Recherchen abermals versteckte Bürgerwehr-Waffen aufgefunden worden. (A. Z. C.)

Deutschland.

Frankfurt, 29. Juni. Gestern gab S. königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen in dem Schloß Philippsruhe ein großes Diner, zu welchem die Mitglieder der Bundeszentral-Kommission und des hier anwesenden diplomatischen Korps rc. eingeladen worden waren. — Die großherzogl. hessische Regierung hat den geh. Obersinanzrath Biersack zum Bevollmächtigten bei dem Zollkongreß in Kassel kommittirt. (F. J.)

Auch der Kurfürst von Hessen (gleich dem Großherzog) steht wegen Abschluß einer Privatanleihe von 150,000 Thlr. mit einem hiesigen Bankhause in Unterhandlung. Das darzuleihende Kapital nebst Zinsen soll in nicht allzu langer Frist zurückgezahlt werden. — Von Seiten unserer freien Stadt ist nunmehr definitiv Senator Köster zum Bevollmächtigten Frankfurts für den Kasseler Zollkongreß ernannt worden. (Frankf. J.)

Aus der Wetterau, 26. Juni. [Judenverfolgung.] In Langsdorf sind die Juden schon seit einigen Tagen harten Drohungen und Gewaltthätigkeiten von Seite einer zahlreichen Rotte deßhalb ausgesetzt, weil sie gestützt auf das Gesetz und auf einen Bezirksrathsbeschluß, Ortsbürgerrechte verlangen. Die Verfolgung hat so zugenommen, daß die Juden nicht nur nahezu eingeschüchtert wurden, auf ihr Recht zu verzichten, sondern daß auch heute Nacht die Juden mit Weib und Kind in Hungen zubringen mußten, weil sie in Langsdorf nicht mehr sicher sind.

(Den 27.) In Langsdorf hat jetzt das Landgericht zu Hungen die Untersuchung begonnen und zwar auf Anzeige der Juden, nicht des Bürgermeisters. Das Landgericht ist indessen gestern in seiner Untersuchung durch eine das Rathhaus umgebende, förmlich mit der Trompete zusammengeblasene Rotte in seinen Verrichtungen gestört und verhöhnt worden, so daß sich das Gericht veranlaßt fühlte, Militair in Friedberg zu requiriren, welches stündlich erwartet wird. (Darmst. Z.)

Stuttgart, 28. Juni. [Sitzung der Landes-Versammlung.] Am Ministertische befindet sich Finanz-Minister v. Herdegen. — Schnitzer berichtet im Namen der Finanz-Kommission über das am Schlusse der gestrigen Sitzung eingekommene königliche Rescript, wonach der Landes-Versammlung die Verwilligung der Steuern auf weitere vier Monate angesonnen wird. Die Finanz-Kommission trägt darauf an, die Steuern nur auf zwei weitere Monate zu verwilligen, da im Laufe dieser zwei Monate, nach dem Stande der Arbeiten bei der Finanz-Kommission, der Etat festgestellt werden könne. Finanz-Minister v. Herdegen hält jedoch an dem Ansinnen der Regierung fest, welches der Verfassung entspreche, und bezweifelt, ob in zwei Monaten der Etat berathen sei, die Erfahrung der letzten Jahre lehre das Gegentheil. Nach Maßgabe der Verfassungs-Urkunde müsse die Regierung eine Nichtverwilligung der Steuern auf 4 Monate einer Steuerverweigerung gleich achten. — Mohl: Der Finanz-Minister hat eine Steuer-Verwilligung auf zwei Monate einer Steuer-Verweigerung gleich geachtet; ich glaube, es wird Niemand in Würtemberg, Niemand in Deutschland sein, der eine Steuer-Verwilligung auf zwei Monate einer Steuer-Verweigerung gleich achtet. Wenn das Ministerium auf seinem Ansinnen beharren will, so zeigt es, daß es Händel anfangen will. — Finanz-Minister v. Herdegen: Händelsüchtig ist das Ministerium nicht, es hat sich vielmehr schon sehr langmüthig gezeigt, worüber man ihm schon Vorwürfe gemacht hat. — Römer spricht sich für den Antrag der Finanz-Kommission aus; wenn die zwei Monate herum sind, werde die Versammlung, wie die Erfahrung lehre, auch weiter zu verwilligen so billig sein. Im Hinblick auf die Verfassungs-Angelegenheiten, was ja der Hauptberuf der Versammlung sei, dürfe man das Heft nicht aus der Hand lassen. Goppelt tritt dem Ansinnen der Regierung bei, um nicht dem Scheine Raum zu geben, als wolle man der Regierung einen Zwang anthun. Finanz-Minister v. Herdegen beharrt wiederholt auf dem Ansinnen der Regierung, und stellt eine nochmalige Vertagung der Versammlung in Aussicht, weil nach seiner Ansicht die Finanz-Kommission noch nicht mit ihren Arbeiten fertig sei, indem der Einnahme-Etat noch fehle. Die Mitglieder der Finanz-Kommission, Stockmaier, Schnitzer u. A. versichern aber wiederholt, daß der Etat unausgesetzt berathen werden könne, indem die noch rückständigen Berichte gleichzeitig erstattet werden können. Die Debatte wird geschlossen. Zuerst wird über den Regierungs-Entwurf, welchen Goppelt zu seinem Antrag machte, abgestimmt und derselbe mit 52 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Kommissions-Antrag, die Steuern nur auf zwei Monate zu verwilligen, wird dann mit 60 gegen 1 Stimme angenommen. Der Verneinende ist der Abgeordnete Pfeiffer, welcher sich gegen jede provisorische Steuerbewilligung aussprach. — Hierauf wird — in Folge des gestern gefaßten Beschlusses über die gegen den Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Wächter-Spittler, vor dem Staats-Gerichtshof zu erhebende Anklage — zur Wahl eines Bevollmächtigten der Landes-Versammlung zum Behuf der Erhebung dieser Anklage und eines Stellvertreters desselben geschritten. Vor der Wahl fordert der Abgeordnete Mohl die Versammlung auf, den Präsidenten Schoder zum Bevollmächtigten zu erwählen. Es sind 59 Stimmzettel abgegeben worden, allein nur 51 davon enthalten Namen, die übrigen Zettel enthalten entweder eine Null oder einen Strich, oder sind nicht beschrieben. Gewählt ist: Präsident Schoder mit 45 Stimmen. Zum Stellvertreter ist erwählt: Fetzer mit 37 Stimmen. (Schw. M.)

Kassel, 29. Juni. [Die Steuern. Hassenpflug.] Das „kurfürstliche Finanz-Ministerium Lometsch" erläßt heute eine Verordnung, wonach die Erheber der direkten Steuern angewiesen sind, sich der Einforderung und Beitreibung der vom 1. Juli d. J. an fällig werdenden Steuern bis auf Weiteres zu enthalten. Hinsichtlich der indirekten Steuern jeder Art und der Wege- und Brückengelder wird auf das Ausschreiben des Gesammt-Staatsministeriums vom heutigen Tage Bezug genommen. Schließlich wird zu allen wohlgesinnten Staats-Angehörigen das Vertrauen und die Erwartung ausgesprochen, daß sie bei der eintretenden außerordentlichen Lage der Staatsverwaltung zur Beseitigung der eintretenden Verlegenheiten so viel möglich mitwirken werden.

Es wird behauptet, der Kurfürst habe die beiden Ministerien des Innern und der Justiz dem Staatsminister Hassenpflug abgenommen und die Versehung derselben provisorisch dem Mitgliede des Gesammtministeriums ohne Portefeuille, Abée, übertragen. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so mag dies Ereigniß das Resultat der einem Artikel des Frankfurter Journals aus Fulda zufolge in jener Stadt stattgefundenen Unterredung des Kurfürsten mit Hassenpflug sein. Bemerkt muß jedoch werden, daß Hassenpflug nicht von hier aus, sondern von Frankfurt nach Fulda abgereist und von letzterer Stadt auch wieder nach Frankfurt zurückgereist zu sein scheint. (F. J.)

Dresden, 30. Juni. Wie wir vernehmen, beabsichtigt der König, im Laufe der nächsten Tage dem König von Preußen in Potsdam einen Besuch abzustatten. (Dr. J.)

Dresden, 1. Juli. [Bakunin.] Zur Erklärung der Bakunin'schen Auslieferung an Oesterreich dürfte die Mittheilung eines Vorfalls nicht ohne Interesse sein, welcher unmittelbar vor der Auslieferung sich ereignete. Als der in zwei Instanzen zum Tode verurtheilte und dann im Gnadenwege mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe belegte k. Musikdirektor Röckel von dem Königstein nach Waldheim abgeführt worden war, machte er bei seiner Ankunft in Waldheim dem Direktor des Zuchthauses das Anerbieten, er wolle für den Fall, daß er ihn von der lästigen Arbeit des Wollekrämpelns befreie, der Untersuchungsbehörde ein wichtiges Geheimniß mittheilen. Da der Direktor des Zuchthauses es für angemessen hielt, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen, so hat Herr Röckel spezielle Aufschlüsse über einen Bakunin angehörigen Koffer und Briefschaften und Papieren aller Art gegeben, welcher an einem bestimmten Orte in dem Neuß'schen Garten in der Antonstadt-Dresden vergraben worden sei. Diese Angabe hat sich bewahrheitet und die Polizeibehörde hat bei einer in nächtlicher Weile veranstalteten Nachgrabung diesen Koffer wirklich aufgefunden. Inwieweit diese Papiere Bakunin von Neuem kompromittiren, ist mir nicht bekannt; die Thatsache von der Auffindung dieses Koffers ist aber nach den aus zuverlässiger Quelle erhaltenen Mittheilungen als unzweifelhaft und verbürgt anzusehen. In Röckel's Wohnung hat übrigens Bakunin längere Zeit hindurch sich aufgehalten, wodurch die Verrätherei seines ehemaligen Gastfreundes, von dessen Charakter er übrigens ein anderes Verhalten nicht erwarten durfte, in noch ungünstigeres Licht gestellt wird. Ueber den Stand des von österreichischer Seite gegen Bakunin anhängig gemachten Prozesses erfährt man, daß derselbe allerdings für den czechischen Aufstand lebhaft thätig gewesen, indeß nicht so schwer gravirt zu sein scheint, als man nach den früheren Aussagen vieler Belastungszeugen, die ihn wahrscheinlich für einen unter allen Umständen verlorenen Mann gehalten und demnach alle Schuld auf ihn gewälzt haben, anzunehmen geneigt war. Sollte die österreichische Behörde nicht in dem Falle sein, ein gleich hohes Strafmaß, wie das in Sachsen ausgesprochene, gegen ihn zu erkennen, so hegt man keinen Zweifel, daß den bestehenden Verträgen gemäß eine Rücksendung des Verbrechers nach Sachsen, keinenfalls aber eine Auslieferung an Rußland stattfinden werde.

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Nach Berichten, die für zuverlässig ausgegeben werden, besteht das dänische Heer gegenwärtig aus drei Armeekorps, von welchen das stärkste auf Fühnen etwa 16,000 Mann, die beiden anderen, auf Alsen und an der jütischen Grenze, jedes ungefähr 10,000 Mann betragen. Die ausgerüstete Flotte besteht aus sieben Kriegsschiffen, die Dampfschiffe ungerechnet, und aus einer großen Anzahl (70—80) zum Transport bestimmter Kauffahrteischiffe. — Der Geist des Heeres wird als theilweise sehr kriegslustig, theilweise aber auch als sehr ungeduldig geschildert, endlich aus der Unthätigkeit und unbequemen Lage herauszukommen, in welcher sich sowohl die alsener als die jütische Heeresabtheilung befindet. (H. C.)

Großbritannien.

(*) **London**, 29. Juni. [Unterhaus-Sitzung.] Die Sitzung, in welcher der Sieg des Ministeriums erfochten worden ist, hat gestern Nachmittags 4 Uhr begonnen und bis heute Morgen 4 Uhr gedauert. Ehe die Debatte über das Vertrauensvotum aufgenommen wurde, macht Lord Russel dem Hause von dem Attentat auf die Königin Mittheilung. Nachdem er die Thatsachen kurz gemeldet, fügte er hinzu: Ich habe nicht nöthig zu sagen, daß Ihre Majestät in diesem Umstande mit ihrem gewöhnlichen Muthe und kaltem Blute gehandelt hat. (Stürmischer Beifall.) Ich bedaure sagen zu müssen, daß der Mensch, der diesen brutalen Angriff auf Ihre Maj. gerichtet hat, erst vor Kurzem zum Offizier in der Armee ernannt worden ist. (Murren.) Ich habe hier nicht den Charakter des Verbrechens zu untersuchen, aber ich bin sicher, daß die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit für J. M., die sich gestern Abend kund gegeben haben, im ganzen Lande dieselben sein werden. (Beifall.) Es bleibt nun nichts übrig als die feste Hoffnung auszudrücken, daß nach diesem verdrießlichen Vorfall unsere Gebete für die Sicherheit der Königin um so heißer sein werden, damit sie eines langen Lebens genieße und fortfahre das Glück des Landes zu machen. (Stürmischer Beifall.) — Alsdann wird die Debatte über das Vertrauensvotum aufgenommen. Hr. Cobden will, daß die Frage von ihrem wahren Gesichtspunkte aus betrachtet werde, er wünscht, daß man aufhöre, diejenigen als Genossen des Despotismus anzusehen, welche die Motion bekämpfen. Er seinerseits halte sich leicht für einen Verbündeten Rußlands. Der Redner bemüht sich, die Art und Weise, mit welcher Lord Palmerston die Unterhandlungen mit dem französischen Ministerium geführt hat, lächerlich zu machen, ein Verfahren — sagte er — welches ihm Respekt für die Diplomatie eingeflößt hat. Das Resultat von alle dem ist die Demüthigung Frankreichs gewesen, eine Zurechtweisung Seitens Rußlands, und Alles was durch die 15 Kriegsschiffe geschehen ist, reduzirt sich auf Nichts. Die Angelegenheit ist noch nicht definitiv entschieden und schon verlangt man vom Hause zu erklären, daß sie mit Billigkeit, Loyalität und Geschick geführt worden ist. Man verlangt außerdem, daß sich das Haus mit der äußeren Politik des Gouvernements identifizire. Ich müßte mich — sagte der Redner — für den wandelbarsten Menschen der Welt halten, wenn ich zu Gunsten der Motive stimmte, nachdem ich so viele unerlaubte Interventionsakte des Gouvernements getadelt habe, Akte, die im direkten Widerspruch mit den Prinzipen der Whig-Partei stehen. Cobden entwickelt seine Ansichten über die Interventions-Angelegenheiten im Allgemeinen und schließt mit der Erklärung, daß die Frage, welche das Haus beschäftige, keine des Liberalismus oder Absolutismus, sondern eine Friedens-, Handels- und Civilisations-Frage sei.

Sir Robert Peel: Ich will zunächst die Motive meines Votums rechtfertigen, indem ich die Behauptung des Hrn. Cockborn, als sei Seitens der Opposition eine feige Verschwörung oder eine niedrige Coalition im Werke, für grundlos erkläre. Ich habe das Kabinet gewissenhaft darin unterstützt, was die inneren Angelegenheiten von Irland betrifft. Auch haben sich Gelegenheiten dargeboten, wo ich seine auswärtige Politik unterstützt habe, die ich auch in diesem Augenblick nicht verurtheilen will. Allein man verlangt von mir diese Politik in ihrer Gesammtheit zu billigen und Prinzipien festzusetzen, die zehnmal wichtiger sind, als das Heil eines Kabinets. Welches sind in der That die Regeln, welche der auswärtigen Diplomatie des Gouvernements zum Basis dienen? Ist es die Nicht-Intervention? Ist es die Anwendung derselben Sprache gegen Alle, gegen den Starken, wie gegen den Schwachen? — Nachdem er die auswärtige Politik des Lord Aberdeen vertheidigt, führte der Redner aus, daß obwohl er ein Anhänger des Gouvernements sei, er doch nicht gewissenhaft erklären könne, daß die Politik des gegenwärtigen Sekretairs der auswärtigen Angelegenheiten geeignet sei, die Würde und Ehre Englands zu erhöhen. Ich lasse einen Augenblick gelten, fuhr der berühmte Baronet fort, daß unsere Reklamationen an Griechenland gegründet seien, allein ich behaupte, daß man sie geltend machen konnte, ohne Frankreich zu beleidigen, ohne uns ein Anfahren Seitens Rußlands zuziehen und ohne unsere nationale Würde zu kompromittiren. Man hätte, ehe man zur Gewalt schritt, zu den guten Diensten Frankreichs recurriren müssen, die man schließlich doch annehmen mußte. Ich tadele die Haltung des Gouvernements gegen Frankreich, nachdem es die Dienste des letzteren angenommen hatte. Warum ließ man den „Vauban" absegeln, ohne ihm eine Mittheilung für Hrn. Wyse mitzugeben? Warum hat man, als das Mißverständniß bekannt war, nicht sogleich angeboten, die Londoner Convention gelten zu lassen, die man doch später hat gelten lassen müssen? Kann ich Angesichts dieser Handlungsweise und unserer Stellung gegenüber Frankreich, Rußland und Oesterreich, für die Ihnen vorgelegten Resolution stimmen? — Die allgemeinen Prinzipien, welche man durch unser Votum zu bekräftigen verlangt, sind vag und schlecht erläutert, aber durch Herrn Roebuck auseinandergesetzt, bedeuten sie, daß England die andern Nationen in ihren Bemühungen zur Erlangung eines Gouvernements nach dem Prinzip des self-government und der Tyrannei unter dem Namen der Legitimität Widerstand zu leisten, unterstützen soll. Dieses Prinzip enthält nichts Anderes, als was der franz. Konvent am 19. November 1792 und das Manifest des Herzogs von Braunschweig proklamirt haben. Wenn wir dieses Recht für uns in Anspruch nehmen, so müssen wir es auch den andern Nationen zugestehen, und die Amerikaner weichen in der Materie des self-government ganz und gar von uns ab. Ist es demnach nicht weiser, die von Fox, Pitt und Canning proklamirte Doktrin festzuhalten, welche die wahrhafte Politik dieser Länder ist? Es ist dies die Nicht-Intervention. Ich bin überzeugt, daß unsere Unterstützung der Sache der konstitutionellen Freiheit nur Hindernisse in den Weg legen kann, und diese Hindernisse würden England in unberechenbare Verlegenheiten bringen.

Lord John Russel wirft der Opposition ihren Mangel an Loyalität vor, und dem Lord Aberdeen, grundlose Behauptungen gethan und ungerechte Angriffe auf das gegenwärtige Ministerium gerichtet zu haben. Er beklagt sich über die Tendenz, welche die Opposition in dieser Angelegenheit gezeigt hat, um die Beweise Englands in Betreff der griechischen Frage in Zweifel zu ziehen. Andere Regierungen, deren Unterthanen Schaden zu erleiden hatten, haben die Regierungen, welche den Verlust verursacht hatten, gezwungen, eine Entschädigung zu geben, so daß das Prinzip der Menschenrechte, auf dessen Ansehen sich das englische Gouvernement verlassen hat, weder verjährt noch in Vergessenheit gerathen ist. Wenn England dieses Prinzip aufgäbe, so würde die Folge davon sein, daß, während ein französischer oder preußischer Minister eine Entschädigung verlangen oder erhalten würde, man dem englischen zur Antwort geben werde, daß das Parlament entschieden habe, die englischen Unterthanen dürfen nicht beschützt werden und müssen sich mit Hilfe der gewöhnlichen Gerichte begnügen. Der edle Lord prüft die Motive, welche die Haltung des Gouvernements gegenüber den anderen Staaten Europas geleitet haben, und er ermahnt das Haus, das Kabinet nach den Prinzipien zu beurtheilen, die es bekennt, und nach den Resultaten, die es unter Umständen von außerordentlicher Schwierigkeit erlangt hat. Er weist namentlich auf die neapolitanische Frage hin, eine von denen, deren Lösung die allermeiste Schwierigkeit geboten, und er erklärt, daß weit entfernt, daß Lord Minto zur Vermehrung der Unruhen beigetragen, hatte sich vielmehr das Gerücht verbreitet, sein Haus sei angegriffen worden, weil er dem Könige von Neapel antirevolutionäre Rathschläge gegeben. Der Redner bestätigt die Behauptung des Lord Palmerston, daß die Einfahrt der englischen Flotte in die Dardanellen in allen Punkten den Instruktionen von Sir Stratford-Canning zuwider gewesen, und erkennt an, daß in der Angelegenheit der ungarischen Flüchtlinge das englische Gouvernement auf den Anruf der Türkei geantwortet, es werde Rußland und Oesterreich freundschaftliche Vorstellungen machen, sollte jedoch dieser Schritt resultatlos bleiben, so könne der Sultan auf die Hilfe einer mächtigen englischen Flotte rechnen. Und dennoch beschuldigt man das Kabinet, sich gegen die Schwachen anmaßend, gegen die Starken unterwürfig gezeigt zu haben! Ich lasse die Richtigkeit des Prinzips gelten, welches die Nicht-Intervention in die innern Angelegenheiten einer andern Nation befiehlt, aber dieses Prinzip ist auch von Lord Aberdeen in seinen Beziehungen zu Griechenland nicht sehr strikte beobachtet worden. Wir haben unsern Einfluß so ausgeübt, daß man in Europa wohl einsehen mußte, daß wir für keine der extremen Parteien Partei ergreifen, weder für die milde Demokratie, noch für das eiserne Joch des Despotismus. Der Redner erklärt, daß er mit Vertrauen das Verdikt des Hauses und der Nation erwarte, tief überzeugt, daß das Gouvernement zu gleicher Zeit die Ehre des Landes und die Wohlthaten des Friedens zu erhalten gewußt hat.

Herr D'Israeli bekämpft die Motive. Er fragt, wenn in einem Lande, wie Griechenland, jedes Individuum, das sich einen Engländer nennt, das Recht haben sollte, die Hilfe einer Flotte anzurufen, welche Position England sowohl als Griechenland haben würde? Auch in den despotischen Ländern, wo die örtlichen Gesetze nicht genügen, sind die Engländer durch die ergänzende Hilfe der Verträge geschützt. Die von dem Kabinet begangenen Akte und seine erfahrenen Niederlagen sind nicht der Art, um die Ehre Englands unangetastet zu erhalten, und weit davon entfernt, den Frieden bewahrt zu haben, würde es in Europa ohne die Intervention keinen Krieg geben. Er bittet das Haus, vor der Welt zu proklamiren, daß das englische Parlament entschieden habe, die Politik Großbritanniens werde in Zukunft den Respekt vor den Rechten anderer Nationen zur Basis haben.

Nach einer kurzen Replik Roebuck's geht das Haus zur Abstimmung über und die Motion wird mit 310 Stimmen gegen 264 angenommen. Dieses Resultat wird mit lang anhaltendem Beifall begleitet. — Die Sitzung wird um 4 Uhr Morgens aufgehoben.

Sir Robert Peel hat sich durch einen Sturz vom Pferde das Schlüsselbein zerbrochen.

[Nachträge.] In Bezug auf das elende Attentat des Rob. Pate bringen die engl. Blätter folgende Nachträge: Als der Gefangene in der Polizei-Station angekommen war, ward er vor den Inspektor Whall, welcher gerade den Dienst hatte, geführt, und dieser nahm die Anklage entgegen. Als der Gefangene nach seinem Namen gefragt wurde, sagte er ohne Zögern, er heiße Robert Pate, sei Lieutenant außer Dienst (vom 10. Husaren-Regiment) und wohne Nr. 27, Duke-street, St. James's. Nachdem die Aussagen verschiedener Zeugen entgegen genommen worden waren, welche die oben gegebenen Fakta bekräftigten, wurde der Gefangene gefragt, was er in Betreff der Anklage zu erwidern habe. Er erklärte, es sei wahr, daß er Ihrer Majestät einen leichten Schlag mit einem kleinen Stocke versetzt habe, fügte aber mit Rücksicht auf die Zeugen emphatisch hinzu: Diese Männer können nicht beweisen, ob ich ihren Kopf oder ihren Hut getroffen habe." Hierauf ward der Gefangene zwei Polizei-Beamten übergeben und in eine Zelle geführt. Die Anklage, wie sie in das Polizeibuch eingetragen wurde, lautet: „Robert Pate, alt 43 Jahre, Lieutenant außer Dienst, angeklagt, Ihre Majestät die Königin angegriffen zu haben, indem er sie in Piccadilly am Donnerstag den 27. d. M., Nachmittags um 6 Uhr 20 Minuten, mit einem Rohr auf den Kopf geschlagen hat." Die Zahl der Zeugen, welche verhört wurden, beträgt sieben. Als man den Gefangenen durchsuchte, fand man zwei Schlüssel und ein Taschentuch, jedoch weder Geld noch eine Waffe irgend einer Art. Das Rohr, dessen er sich bedient hatte, war nicht dicker, als ein gewöhnlicher Gänsekiel, nur 2 Fuß und 2 Zoll lang, und wog weniger als drei Loth. Nachdem der Angeklagte in der Zelle untergebracht war, ward ein Polizei-Inspektor abgesandt, um seine Wohnung zu durchsuchen. Der Gefangene hatte im dritten Stocke des von ihm bezeichneten Hauses während der letzten $2\frac{1}{2}$ Jahren eine Reihe eleganter Zimmer bewohnt. Die Nachfragen ergaben, daß er ein Mann von regelmäßigem Lebenswandel gewesen war, und seine Rechnungen sehr pünktlich bezahlt hatte. Sein Vater ward als ein sehr vermögender Mann in Wisbeach, Cambridgeshire beschrieben, wo er früher ein sehr ausgedehntes Geschäft als Korn-Faktor betrieben hatte. Der Polizei-Inspektor nahm eine große Anzahl von Papieren und Dokumenten in Beschlag, doch ist bis jetzt noch nichts entdeckt worden, was auf die Motive jener verrückten Handlung Licht werfen könnte. Ein seltsames Zusammentreffen ist es, daß Sergeant Silver, welcher den Angeklagten in Haft nahm, derselbe ist, der M'Naghten ergriff und ihm das Pistol aus der

Hand schlug, als jener Wahnsinnige im Begriff war, den zweiten Schuß auf den unglücklichen Drummond abzufeuern. Aus der Armee-Liste ergiebt sich, daß der Gefangene am 5. Februar 1841 als Cornet durch Kauf in Ihrer Majestät Dienste getreten ist. Am 22. Juli 1842 ward er zum Lieutenant befördert und trat kurz nachher, ehe sein Regiment sich im Jahre 1846 nach Indien einschiffte, aus dem Militär-Dienste aus, indem er seine Lieutenants-Stelle verkaufte. Er hat das Ansehen eines respektablen Mannes, ist ein wenig kahl und trägt einen Schnurrbart, hat aber nichts Militärisches in seinem Aeußern. Als er in der Polizei-Station ankam, schien er vollkommen ruhig und gefaßt. Zwei Konstabler saßen die ganze Nacht hindurch mit ihm in seiner Zelle, um ihn nöthigenfalls zu verhindern, sich ein Leides anzuthun. Der Gefangene schlief ruhig und nahm am folgenden Morgen mit vielem Wohlbehagen ein tüchtiges Frühstück zu sich. Er ist heute im Ministerium des Innern verhört worden, wo Sir George Grey sich kurz nach 12 Uhr einfand. Bald darnach erschien der Gefangene und gleich nach ihm Lord Fitzroy Somerset. Das Verhör fand, wie es bisher in ähnlichen Fällen gebräuchlich gewesen ist, im Geheimen statt. Zugegen waren bei demselben: Sir George Grey, der Staats-Anwalt und die Herren Cornwall Lewis, Maule, Hall und Burnaby. Die Erscheinung des Angeklagten bei dieser Gelegenheit wird folgendermaßen beschrieben: er trug einen blauen Rock und helle Beinkleider. Er ist etwa 6 Fuß 1 Zoll hoch, hat helles Haar und trägt einen Schnurrbart, sowie einen ziemlich buschigen Backenbart. Gesicht und Stirn verrathen Verstand, das Auge hat jedoch einen etwas irren Ausdruck. Er ist schlank und seine Haltung ist ein wenig vorgebeugt. Er schien vollständig gefaßt, ja, gleichgültig. Alles zusammen genommen, ist seine Erscheinung einnehmend und sein Aussehen das eines Gentleman. Das Verhör wird am nächsten Freitag fortgesetzt werden. Wie es heißt, ist der Angeklagte bis zum Anfang des gegenwärtigen Jahres ein Mitglied des „Army and Navy Club" gewesen.

Frankreich.

⨯ **Paris**, 20. Juni. [Tagesbericht.] Das Interesse des heutigen Tages war auf die Nachrichten aus London gerichtet; das Attentat auf die Königin, und der Triumph der Motion Roebucks zu Gunsten Palmerston's, absorbirten die Unterhaltung. (S. London.) Die neue Situation anbelangend, so scheint sich Herr Baroche von seiner gestrigen Niederlage vollkommen erholt zu haben, und seine Haltung accreditirt ein wenig die Ansicht, daß der Minister diesen Konflikt mit dem Bewußtsein der Niederlage gesucht hat. Das Ministerium hat heute wieder den Kampfplatz betreten; Herr Chasseloup-Labaut hat den Bericht über das Preßgesetz eingebracht; die Herren Grévy, V. Hugo, Boysset u. m. A. haben sich sofort als Redner gegen das Gesetz einschreiben lassen. Gut Unterrichtete glauben nicht, daß das Gesetz ohne Hinderniß und ohne Modifikation durchgehen werde. Nach dem neuen Gesetzentwurf bleiben die Kautionen in der bisherigen Höhe, dagegen ist der Poststempel hinzugekommen. — Der Berg agitirt bei der nächsten Präsidentenwahl Hrn. Dupin zu stürzen. Wie es scheint, hat man sich von dieser Seite mit einer Anzahl Legitimisten und dem linken Centrum dahin geeinigt, General Bedeau auf den Präsidentenstuhl zu bringen. Der Berg führt an, daß Herr Bedeau mehr als einmal in öffentlicher Sitzung erklärt habe, die Konstitution nicht antasten zu lassen, und daß diese daher während der Vertagung durch Bedeau besser geschützt sei, als durch den gegenwärtigen Präsidenten. — Der Sieg des englischen Kabinets hat insofern hier überrascht, als dasselbe die Torys, die Schutzzöllner, die Freihändler (Cobden) und endlich auch die Peelisten mit ihrem berühmten Chef an der Spitze, gegen sich hatte. Im Allgemeinen kann man sich gewiß nur dazu gratuliren, daß das liberale und weise Kabinet nicht gestürzt worden ist. Erwägt man aber andrerseits die Bedeutung der stattgehabten Diskussion, so muß man doch zugeben, daß das Ministerium trotz seines Sieges bedeutend geschwächt ist. Eine von dem Oberhause bereits verurtheilte Politik, die auch in dem Unterhause den Tadel der hervorragendsten Männer, und namentlich von dem einflußreichsten Mitgliede, von R. Peel erfährt, wird hier als diskreditirt angesehen, wenn sie auch eine Majorität von 46 Stimmen erlangt hat. Man glaubt demnach, daß, obgleich die Majorität des Unterhauses der Politik Lord Palmerstons ihre volle Zustimmung gegeben hat, es dennoch sowohl diesem Kabinet als jedem andern schwer werden dürfte, jene Theorien praktisch durchzuführen, daß nämlich England, um seine Staatsangehörigen im Auslande zu beschützen, sich über die Gesetze der fremden Länder stellen und für seine Angehörigen einen andern Schutz zu verlangen, als den die Gesetze des Landes dem Einheimischen gewähren.

Italien.

* **Turin**, 26. Juni. [Verschiedenes.] Die Kammer beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen mit der Discussion über das Budget für Artillerie- und Fortifikationsausgaben, so wie über den vom Finanzminister vorgelegten Gesetzvorschlag über die abermalige Veräußerung von Rentenscheinen im Betrage von 6 Millionen Franks. Oberst Monti, Kommandant der italienischen Legion, die sich am ungarischen Insurrektionskriege betheiligte, ist in Turin angekommen. In Turin angelangten Privatbriefen zu Folge, geht der aus der römischen Revolution bekannte Guerillasführer Garibaldi nach New-York, um dort das Kommando eines Schiffes zu übernehmen. Die Saaten in der Provinz Monferrato sind vom Hagelschlag fast gänzlich vernichtet.

* **Rom**, 26. Juni. Die Errichtung einer Nationalbank ist beschlossen worden und das diesfällige Programm bereits erschienen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, im Juli. Die königl. Regierung bringt die von dem Herrn Minister des Innern, dem Artikel 67 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März d. J. gemäß, zur Ausführung dieses Gesetzes getroffenen vorübergehenden Bestimmungen zur öffentlichen Kenntniß. Wir theilen das darüber erlassene Regulativ mit:

Regulativ
zur Ausführung der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850.

Zur Ausführung der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März d. J. wird hierdurch auf den Grund des Artikels 67 dieses Gesetzes bestimmt, daß bis zur Herstellung der neu zu bildenden Organe der Vertretung und Verwaltung, die Verrichtungen derselben wahrzunehmen sind, wie folgt:

A. Einstweilige Kreisvertretung.

§ 1. Die Befugnisse der Kreisversammlung (Artikel 10 bis 14) werden von der im § 147 der Gemeinde-Ordnung vom 11. März d. J. bezeichneten Kreiskommission, welche für diesen Zweck durch Hinzuziehung der Stellvertreter in ihrer Mitgliederzahl zu verstärken ist, unter dem Vorsitze des Landrathes ausgeübt. — Ob dergleichen Kommissionen auch in denjenigen Kreisen zu bilden sind, wo der in § 146 der Gemeinde-Ordnung vorgesehene Fall nicht vorkommt, hat der Oberpräsident zu bestimmen.

§ 2. Zu allen Beschlüssen, welche die Kreiskommissionen als einstweilige Kreisvertretungen fassen, ist die Genehmigung der Bezirksregierung und in den Fällen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 2 auch die daselbst erwähnte höhere Genehmigung erforderlich. — Auf Wahlen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 3. Der in Artikel 10 vorgesehene Rekurs ist an den Ober-Präsidenten zu richten.

§ 4. In Bezug auf die Fassung der Beschlüsse der einstweiligen Kreisvertretung kommt der Artikel 18 zur Anwendung. — In Ansehung der Diäten und Reisekosten-Vergütung ist nach den Vorschriften zu verfahren, welche hinsichtlich der Kommissionen für die Bildung der Gemeindebezirke gegeben worden sind.

B. Einstweilige Verwaltung der Kreisangelenheiten.

§ 5. Diejenigen Geschäfte, welche nach den früheren Gesetzen, mit Ausnahme der im Artikel 68 angeführten Verordnung vom 30. Juni 1834, besonderen kreisständischen Kommissionen oder Deputirten übertragen waren, werden von diesen Kommissionen oder Deputirten, wie sie vor dem Erlasse der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung in Funktion waren, auch ferner besorgt. — Die etwa erforderlichen Neuwahlen zur Bildung oder Ergänzung solcher Organe werden von der Kreiskommission bewirkt. Wählbar sind alle Kreiseinsassen, welche zuletzt Mitglieder des Kreistages waren, oder dazu gewählt werden konnten.

§ 6. Die Kreiskommission hat die Mitglieder der im § 7 des Gesetzes wegen Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reserve- und Landwehr-Mannschaften vom 27. Februar d. J. erwähnten Kommission zu wählen. — Wo das Bedürfniß zur Errichtung einer solchen Unterstützungs-Kommission eintritt, bevor die Kreiskommission gebildet ist, sind die Bezirks-Regierungen befugt, die Unterstützungs-Kommission vorläufig aus den in dem letzten Absatze des § 5 bezeichneten Personen zu bilden. — Die etwa bereits getroffenen Einleitungen wegen einer anderweitigen Zusammensetzung von Unterstützungs-Kommissionen sind zurückzunehmen.

§ 7. Der Rendant und die etwa sonst erforderlichen Beamten der Kreiskorporation werden von der Kreiskommission provisorisch ernannt.

§ 8. Alle in den vorstehenden §§ 5, 6 und 7 nicht erwähnten Geschäfte des Kreisausschusses hat der Landrath zu besorgen. — Der Artikel 23 kommt nicht zur Anwendung. — Bei Lasten des Kreises, für welche der Vertheilungsmaßstab bereits festgesetzt ist, wird die Vertheilung auf die verpflichteten Gemeinden 2c. durch den Landrath bewirkt, ohne daß es dazu eines Beschlusses der einstweiligen Kreisvertretung bedarf.

§ 9. Der Geschäftsgang der einstweiligen Kreisvertretungen und Verwaltungs-Kommissionen §§ 5 und 6 wird, soweit es nöthig ist, durch von den Regierungs-Präsidenten zu erlassende Geschäftsordnungen geregelt.

C. Einstweilige Wahrnehmung der Geschäfte des Bezirksraths.

§ 10. Die in den Artikeln 6 und 33 dem Bezirksrathe beigelegten Befugnisse werden von der Bezirksregierung ausgeübt. So lange die in § 148 der Gemeindeordnung bezeichneten Bezirkskommissionen bestehen, sind dieselben von den Regierungs-Präsidenten jederzeit mit ihrem Gutachten zu vernehmen, bevor die Bezirksregierung auf den Grund der vorstehenden Bestimmung einen Beschluß faßt.

D. Einstweilige Provinzialvertretung.

§ 11. Sofern die Errichtung einer einstweiligen, die Befugnisse der Provinzialversammlung ausübenden Vertretung in einer Provinz nach dem Ermessen des Ministers des Innern dringend erforderlich werden sollte, sind die Abgeordneten der einzelnen Kreise nach Maaßgabe der Artikel 41 und 44 von den einstweiligen Kreisvertretungen zu wählen. Wählbar sind die Mitglieder der Kreis-Kommission und deren Stellvertreter.

§ 12. Alle Beschlüsse der einstweiligen Provinzialvertretung bedürfen der Bestätigung des Ministers des Innern.

§ 13. Bei Lasten der Provinz, für welche der Vertheilungsmaßstab bereits festgesetzt ist, wird die Vertheilung auf die verpflichteten Bezirke oder Kreise durch den Ober-Präsidenten bewirkt, ohne daß es dazu eines Beschlusses der Provinzialvertretung bedarf.

E. Besondere Bestimmungen für einzelne Landestheile.

§ 14. Inwieweit die Bestimmungen dieses Regulativs in der Provinz Posen zur Anwendung zu bringen sind, bleibt in Gemäßheit des Artikels 73 einer besondern Anordnung vorbehalten.

§ 15. Die kommunallandständischen Einrichtungen (Art. 69) und deren Verwaltung werden durch gegenwärtiges Regulativ nicht berührt.

Berlin, den 3. Juni 1850.

Der Minister des Innern. v. Manteuffel.

Breslau, im Juli. Die königliche Regierung bringt mit Bezug auf ihre Amtsblatt-Bekanntmachung vom 6. März d. J., die Errichtung von Kreis-Prüfungs-Kommissionen betreffend, zur Kenntniß der Betheiligten, daß die Stadt Breslau zum Sitz aller Handwerker-Kreis-Prüfungs-Kommissionen der Stadt und des Kreises Breslau bestimmt worden ist. — Zu Vorsitzenden der Kommissionen sind ernannt worden: 1) Für die Prüfung der Müller, Bäcker, Pfefferküchler und Konditoren der Herr Stadtrath Neumann; 2) für die Prüfung der Fleischer, Gerber aller Art, Lederbereiter, Korduaner, Pergamenter, Schuh- und Pantoffelmacher, Handschuhmacher und Beutler, Kürschner, Sattler, mit Einschluß der Riemer und Täschner, und Seifensieder Herr Stadtrath Pulvermacher; 3) für die Prüfung der Tapezirer, Buchbinder, Seiler und Reifschläger, Bürstenbinder, Perückenmacher und Hutmacher, Herr Stadtrath Jüttner; 4) für die Prüfung der Tuchmacher und Tuchbereiter, Weber und Wirker jeder Art, Posamentirer, Knopfmacher und Schneider Herr Stadtrath Krause; 5) für die Prüfung der Tischler und Stuhlmacher, Rademacher und Stellmacher, Groß- und Klein-Böttcher, Drechsler aller Art, Korbmacher, Korbflechter, Töpfer und Glaser Herr Stadtrath Froböß; 6) für die Prüfung der Grob- und Klein-Schmiede, Messerschmiede, Nagelschmiede, Kupferschmiede, Büchsenmacher, Sporer, Schlosser, Feilenhauer, Nadler und Siebmacher, Klemptner, Schwertfeger, Gürtler, Gelb- und Rothgießer, Glockengießer, Zinngießer, Gold- und Silberarbeiter, Gold- und Silber-Schläger und Uhrmacher der Herr Stadtrath Gerlach; endlich 7) für die Prüfungen der Vergolder, Maler, Lackirer und Färber der Herr Stadtrath Zwinger. — Der hiesige Magistrat ist angewiesen worden, nunmehr für die sofortige Konstituirung der Prüfungs-Kommissionen zu sorgen, und solche, so weit die Wahlen der übrigen Kommissions-Mitglieder bereits erfolgt sind, in Wirksamkeit treten zu lassen; soweit dies jedoch nicht der Fall ist, ungesäumt die nöthigen Wahlen anzuordnen. — Im Uebrigen verweist die Regierung auf den ferneren Inhalt der oben gedachten Amtsblatt-Bekanntmachung.

F. **Breslau**, 2. Juli. [Die ordentliche General-Versammlung der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft] fand am 1. Juli im unteren Börsensaale statt. Es hatten sich zu dieser Versammlung eine ansehnliche Anzahl Aktionäre eingefunden. Der Vorsitzende des Direktoriums, Hr. Geh. Rath v. Löbbecke, eröffnete die Versammlung mit dem Bericht, daß die Prosperität dieses Unternehmens nichts zu wünschen übrig lasse, wie dies auch der den Aktionären eingehändigte Betriebs-Bericht zur Genüge erweise. Die Meliorirung der Bahn und durchaus nothwendige Vermehrung der Betriebsmittel haben theils und werden noch neue Geldverwendungen nothwendig machen. Zu diesem Behufe beantragt der Vorsitzende, die bereits früher in Aussicht gestellte Verwendung von 123,000 Thlrn., was heute genehmigt wurde. Außerdem sind zur weiteren Verwendung von der Gen.-Vers. einstimmig bewilligt: 1) für die Vermehrung der Betriebsmittel, Lokomotiven, Personen- und Güterwagen 2c., wie sie eben der täglich steigende Verkehr erheischt, 205,000 Thlr. 2) für Erweiterung mehrerer Bahnhöfe 16,000 Thlr., 3) zur Vervollständigung der Bahnhofs-Lokale 15,000 Thlr. und 4) für Vollendung des elektro-magnetischen Telegraphen 13,000 Thlr., in Summa circa 370,000 Thlr. Von den von der Staats-Regierung zur vollständigen Ausführung und Ausrüstung dieser Bahn bewilligten 1,650,000 Thlr. Stamm-Aktien bleiben etwa noch 350,000 Thlr. in deposito, die nur zur Ausgabe gelangen würden, wenn etwa die Direktion es für angemessen finden möchte, einer zu diesem Zwecke außerordentlich einzuberufenden General-Versammlung den Bau der von der Regierung projektirten Pferdebahn in die Bergwerksdistrikte zu empfehlen. So lange dieses nicht geschieht, werden nur die oben spezificirten 370,000 Thlr. von den noch vorräthigen Stamm-Aktien zu dem bestmöglichen Kourse ausgegeben werden.

Die nach diesen Bewilligungen erfolgte Wahl neuer Direktions- und Ausschuß-Mitglieder ergab folgendes Resultat: Zu Direktoren: 1) Hr. geh. Rath v. Löbbecke, Hr. Banquier Salice und Hr. Stadtrath Jüttner. 2) Zu Stellvertretenden Direktoren: die Herren Komm.-Rath Friedländer, Kaufm. Louis John, Oberberg-Rath Erbreich, Kaufm. A. C. L. Müller. 3) Zu Ausschußmitgliedern: die Herren Banquier E. Heimann, Rechn.-Rath Bormann, Banquier L. Guttentag, Kommerzienrath Ruffer. 4) Zu Ausschuß-Stellvertretern: die Herren Lott.-Einnehm. Schreiber, Kaufm. Th. Reimann, Ober-Reg.-Rath Sohr, Dr. Davidsohn und Partik. Hinkel.

---

* **Breslau**, 2. Juli. [Fackelzug.] Eine Anzahl hiesiger Studirender brachte Fräulein Babnigg vor ihrer Abreise von Breslau gestern Abends nach 10 Uhr einen Fackelzug mit Musik und Gesang. Das Musikchor des Kürassier-Regiments spielte mehrere Piecen und die Studirenden trugen mehrere Gesangsstücke vor; zum Schluße das „gaudeamus igitur" mit Musikbegleitung. Die Ovation hatte eine große Menschenmenge herbeigezogen.

---

§ **Breslau**, 2. Juli. [Gewerberath.] In der gestrigen Sitzung wurde von Herrn Niepert vor der Tagesordnung der Antrag motivirt, daß bei dem Umbau der hiesigen königlichen Bauschule auf eine geeignete Räumlichkeit zur Fortbildung des Gesellenstandes Rücksicht genommen werde. Die Versammlung überwies einer Kommission aus drei Mitgliedern den Entwurf einer hierauf bezüglichen Eingabe an die königliche Regierung. — Hr. Löschburg hält es für sehr dringlich, an den Magistrat den bestimmten Antrag zu stellen, daß von nun an die Prüfungen der Handwerker nach der Verordnung vom 9. Februar stattfinden mögen. Dieser Gegenstand soll einer vorherigen Berathung der Handwerker-Abtheilung unterliegen und demnächst zur Beschlußnahme des Plenums gebracht werden.

Es erfolgte nun die Wahl eines Kassenführers durch Stimmzettel; Hr. Kaufmann Lode wurde mit 29 von 30 Stimmen gewählt. Die Wahl eines Kassen-Kurators kam nicht zu Stande, da bei keiner Abstimmung eine absolute Majorität erreicht wurde.

Hr. Laßwitz berichtet über die von der Redaktions-Kommission beliebten Aenderungen der Geschäftsordnung, die von der Versammlung genehmigt werden. Nächste Sitzung Montag (8. Juli). — Künftigen Mittwoch werden die Handwerker eine Abtheilungs-Sitzung halten, um außer einigen anderen Angelegenheiten den oben erwähnten Antrag zu berathen.

---

† **Breslau**, 2. Juli. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 28. v. Mts. badeten sich an einer nicht dazu geeigneten Stelle, nämlich unterhalb des Wehres neben der Vordermühle, an der sogenannten Landzuge zwei Lehrlinge. Der eine von ihnen, der Buchdruckerlehrling Hampel, gerieth in einen Strudel und war nahe daran, von demselben hinabgezogen zu werden, als dies sein Gefährte, der Maurerlehrling Christ bemerkte, eilte er hinzu, wäre aber bald ein Opfer seines Muthes geworden, indem ihn Hampel erfaßte und mit sich zog und beide wären ertrunken, wenn nicht der Fischer Schebitz in seinem Kahne herbeigeeilt wäre und sie gerettet hätte.

Am 1. d. M. befand sich der 9 Jahr alte Sohn des Hautboisten Schindler an dem Ufer der Oder ohnweit des Hauses Nr. 18 in der neuen Sandstraße und beschäftigte sich mit Fischeangeln, bei dieser unnützen Beschäftigung fiel er aus Unvorsichtigkeit in die Oder, und wäre ertrunken, wenn nicht der 17 Jahr alte Tischlerlehrling Wilhelm Liebster ihm in das Wasser nachgesprungen wäre, und so lange über dem Wasserspiegel gehalten hätte, bis es dem Schiffer Gretzke gelang, mit seinem Kahne heranzukommen und beide in dasselbe aufzunehmen.

⊙ **Breslau**, 2. Juli. [Die öffentliche Prüfung der Taubstummen-Anstalt], welche gestern Nachmittag von 3—6 Uhr stattfand, versammelte ein zahlreiches Publikum in den lichten Räumen des Institut-Gebäudes. In einem großen Lehrsaale erblickte man etwa 60 Zöglinge von gesundem und frischem Aussehen. Einen erschütternden Eindruck machten die Sprechübungen, die zunächst mit den unteren Abtheilungen vorgenommen wurden. Die beiden ersten Klassen wurden über Religion, biblische Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Rechnen befragt. Die Zöglinge schienen mit diesen Gegenständen ziemlich vertraut zu sein, obwohl nur wenige Antworten dem Laien verständlich waren. — Dagegen lieferten die ausgelegten Zeichnungen und Probeschriften einen klaren und erfreulichen Beweis von dem unermüdlichsten Fleiße der Lehrer wie der Schüler.

Hr. Direktor Fickert schloß die Feierlichkeit mit einer Anrede, in welcher derselbe die Verdienste des schlesischen Vereins für Taubstumme hervorhob und die Wünsche aussprach, deren Verwirklichung der Vorstand noch entgegen sehe. In dem abgelaufenen Jahre haben 62 Zöglinge in der hiesigen Anstalt Unterricht und Pflege genossen*). Die Zahl der Unglücklichen, welche diesmal die Aufnahme begehren, ist eben so groß, und doch kann dieselbe nur dem sechsten Theile dieser Zahl gewährt werden. Daher möge jeder in seinem Kreise thätig sein für die Förderung der Anstalt durch Vermehrung ihrer Mittel.

Hierauf wurden 7 Zöglinge, deren kirchliche Einsegnung am Sonntage erfolgt war, mit einer kurzen Ermahnung aus der Anstalt entlassen. Jedem der Scheidenden händigte Hr. Oberlehrer Scholz außer einem sauber eingebundenen Buche, ein kleines Werkchen ein, welches Anweisungen für den Umgang mit Taubstummen enthält.

(Berichtigung.) In dem gestrigen Berichte über das Festmahl zu Ehren Spohr's ist aus Versehen Herr Seminarlehrer Richter unter den Toastbringenden statt Herrn Oberorganisten Freudenberg genannt.

Görlitz, 29. Juni. [Hr. v. d. Heydt.] Gestern Nachmittags gegen 6 Uhr ist der Hr. Handelsminister, von Erdmannsdorf kommend, hier angelangt. Wie wir vernommen haben, hat der Herr Minister den 22. und 23. d. M. in Breslau zugebracht, daselbst sogleich nach seiner Ankunft einer Sitzung der Handelskammer beigewohnt, und dann, nach einem Besuche in dem Rathhause, wo er von dem Magistrate und einer Deputation der Stadtverordneten und des Gewerberaths erwartet wurde, eine Konferenz mit dem Oberpräsidenten und den Präsidenten der 3 Regierungsbezirke Schlesiens über verschiedene Angelegenheiten der Bauverwaltung abgehalten, auch Gelegenheit genommen, sich die Beamten der königl. Regierung und des königl. Oberbergamts vorstellen zu lassen, die Dienstgebäude dieser Behörden, so wie die Lokalien des königl. Postamts, des bisherigen und des neuen Inquisitoriatsgebäudes, des niederschlesisch-märkischen und des oberschlesischen Bahnhofes in Augenschein zu nehmen, und die Vorschläge wegen Anlegung eines Bahnhofes für die breslau-posener Eisenbahn an Ort und Stelle näher zu prüfen. Am 24. hat der Herr Minister sodann sich nach Liegnitz begeben, und dort nach Vorstellung der Regierungsbeamten eine Besichtigung der Lokalitäten des Regierungsgebäudes, des neuen Posthauses und der zum Aufbau eines Gerichtsgebäudes in Vorschlag gebrachten Plätze vorgenommen, demnächst aber noch an demselben Tage seine Reise über Bunzlau, wo der Bober-Viadukt besichtigt wurde, sowie über Löwenberg und Hirschberg nach Erdmannsdorf fortgesetzt. Von dort aus hat er sowohl die erheblichern gewerblichen Etablissements der Umgegend, als auch die Einrichtungen einzelner Spinner- und Weberhäuser in Augenschein genommen und einen kurzen Ausflug über die Schneekoppe und den Kamm des Gebirges zugleich mit der Besichtigung der norwegischen Kirche, der Josephinen-Glashütte und der neuen Straßenanlage durch das Zackenthal in Verbindung gebracht. Auch den Weg von Erdmannsdorf hierher hat der Herr Minister noch zu einer Besichtigung verschiedenartiger Fabrikanlagen und Spinnschulen, sowie dazu benutzt, sich durch die Vorträge der landräthlichen und städtischen Behörden, in Hirschberg, Greifenberg und Lauban, wie auch durch Befragung von Privatpersonen über die Verhältnisse der Gegend und deren Bedürfnisse genau zu unterrichten. Noch an dem Abende seiner Ankunft hierselbst unternahm derselbe, nachdem die städtischen Behörden und sonstigen Korporationen sich ihm vorgestellt hatten, die Besichtigung mehrerer Tuchfabriken, des hiesigen Eisenbahnviadukts und des städtischen Krankenhauses, am heutigen Morgen aber besuchte er das Postgebäude, die Peterskirche, das Rathhaus und eine Appreturanstalt, wonächst er sich nach dem Bahnhofe begab, um nach näherer Kenntnißnahme von den Einrichtungen desselben, nach Berlin zurückzukehren. (D. Ref.)

*) Schlesien besitzt nur noch 2 derartige Anstalten, die eine in Liegnitz, die andere in Ratibor.

---

* **Neustadt O.-S.**, 1. Juli. [Fürst-Bischof von Diepenbrock.] Am 29. Juni, Abends 7 Uhr, traf der Herr Fürstbischof, von Friedland kommend, hier ein. An der städtischen Grenze wurde er vom Kämmerer Herrn Bock im Namen der Stadt bewillkommnet; die Geistlichkeit empfing ihn an der äußersten Ober-Vorstadt mit einer herzlichen Anrede; hierauf setzte sich der Zug der Menschenmenge unter Absingung des Ambrosianischen Lobgesanges in Bewegung bis auf den Marktplatz, wo der Gast von einem Mädchen mit einem passenden Gedicht begrüßt wurde. Dann ging der Zug zur Kirche, die, sowie das Stadtthor mit Ehrenpforten geziert war. Nachdem der Segen ertheilt war, hielt der Herr Fürstbischof an die Gemeinde eine Ansprache, die aller Herzen tief ergriff. Abends nach 9 Uhr brachte der hiesige Männer-Gesang-Verein, verbunden mit dem Trompeter-Chor des 6. Husaren-Regiments und begleitet von Fackel-Trägern, dem Kirchen-Fürsten eine Serenade. — Am 30. Juni früh begann derselbe die Spendung des Sakraments der Firmung. Die Gemeinden der nahen Dörfer kamen Nachmittags prozessionaliter und wurden an diesem Tage über mehrere Tausend gefirmt. — Mittags besuchte der Herr Fürst-Bischof die Anstalt der barmherzigen Schwestern, wo zu Ehren seiner Anwesenheit einige Wohlthäter ein Mittagsmahl für fast 50 Arme hatten bereiten lassen. Abends 7 Uhr fuhr derselbe in das Kloster der barmherzigen Brüder und auf den Kapellenberg. Mittlerweile war die Stadt erleuchtet, und als der kirchliche Oberhirt nach 9 Uhr zurückkehrte, fuhr er in Begleitung der Bürgerschützen-Kompagnie durch die Straßen der Stadt. Am 1. Juli früh fuhr er wieder ins Kloster der barmherzigen Brüder, um die Kranken zu firmen, und fuhr später fort mit Ausspendung der Firmung. — Im Garten des Kreis-Physikus Dr. Wüstefeld war unter einem großen Zelte für eine Gesellschaft von circa 60 Personen ein Mittags-Mahl arrangirt, an welchem der Herr Fürstbischof Theil nahm. Um halb 5 Uhr fuhr er unter dem Geläute der Glocken, begleitet von Magistrats-Personen, nach Ziegenhals.

Breslau. Dem königl. Regierungs- und Baurath Herrmann ist der Charakter eines „geheimen Regierungs-Rathes" beigelegt. Der Lehrer Metzner als vierter Lehrer an dem kath. Schullehrer-Seminar in Peiskretscham angestellt. Bestätiget: der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Krichler II. zu Namslau; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Kurts zu Münsterberg; der bisher. Hilfslehrer Klahr zu Ullersdorf als kath. Schullehrer zu Bielendorf, Habelschwerdter Kreises; der bisher. Lehrer Gösgen als ev. Schullehrer in Johnsdorf, Brieger Kreises; der Lehrer Geisler als evang. Schullehrer zu Obischau, Kreis Namslau.

Inserate.

Versammlung der Stadtverordneten am 4. Juli.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1. Prolongation des Pachtkontrakts über das an der östlichen Rathhaustreppe befindliche Gewölbe.
2. Wahl des Schiedsmannes für den Hinterdom-Bezirk.
3. Wahl des Vorstehers für den Regierungs-Bezirk.
4. Lieferung der warmen Kost für die Armenhaus-Genossen pro 3. Quartal d. J.
5. Bedingungen, unter denen die Brunnen-Reparatur-Arbeiten anderweitig verdungen werden sollen.
6. Bewilligung von Unterstützungen, Gratifikationen, Etats-Ueberschreitungen und Zuschüssen zu den etatirten Baukosten.
7. Vorschläge zur Regulirung des Salvatorplatzes.
8. Kommissions-Gutachten über die Etats des Bankgerechtigkeiten-Amortisations-Fonds und für die Kämmerei-Verwaltung der geistlichen, höheren Unterrichts- 2c. Angelegenheiten; desgleichen über den Antrag um nachträgliche Bewilligung der bei der Verwaltung der städtischen Armenpflege pro 1849 stattgefundenen Mehrausgaben.

Der Vorsteher Dr. Gräter.

Monats-Uebersicht der städtischen Bank pro Juni 1850.

gemäß § 25 des Bankstatuts vom 10. Juni 1848.

		Rtl.	Sgr.	Pf.
	Aktiva.			
1)	Geprägtes Geld	387,190	15	4
2)	Königl. Banknoten, Kassen-Anweisungen und Darlehns-Scheine	3,677	—	—
3)	Wechsel-Bestände	297,683	28	5
4)	Ausgeliehene Kapitalien gegen Verpfändung von Cours habenden inländischen Effekten und gegen Verpfändung von Waaren im Nominal- und Taxwerthe von 381,905 Rtl.	273,505	—	—
5)	An die städtische Darlehns-Kasse	66,925	—	—
	Passiva.			
1)	Banknoten im Umlauf	800,000	—	—
2)	Guthaben der Theilnehmer am Giro-Verkehr	77,961	25	—
3)	Depositen-Kapitalien	142,166	9	1

Außerdem sind in Gemäßheit des § 10 im Bankstatut zur Bildung des Stammkapitals bis jetzt 464,300 Rthl. in Cours habenden Effekten deponirt.

Breslau, den 30. Juni 1850.

Die städtische Bank-Deputation.

Redakteur: Nimbs.
Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Theater-Nachricht.

Mittwoch den 3. Juli, unter Direktion des kurfürstlich hessischen General-Musik-Direktors Herrn Dr. **Louis Spohr**, zum ersten Male: **„Zemire und Azor.“** Romantische Feen-Oper in 2 Akten von Spohr. — Personen: Azor, ein verwunschener Prinz, Herr **Weirlstorffer**. Sander, persischer Hauptmann, Herr **Rieger**. Zemire, seine Tochter, Frln. **Bunke**. Lisbe, seine zweite Tochter, Frau **Kläger**. Fatme, seine dritte Tochter, Frau **Stotz**. Ali, sein Diener, Herr **Campe**. Eine Fee, Frln. **Heyne**.

Donnerstag, den 4. Juli. **Benefiz und letzte Gastdarstellung des Fräulein Lucile Grahn,** ersten Solo-Tänzerin der königl. italienischen Oper zu London. **„Gisella“** oder **„Die Willis.“** Phantastisches Ballet in 2 Akten nach dem Französischen arrangirt von Fräulein Lucile Grahn. Musik von Adam. — Herzog Albert, Herr **Ambrogio**, erster Solotänzer vom k. Hoftheater in Dresden; Gisella, Fräulein **Lucile Grahn**; Bathilde und Myrtha, Frln. **Anna Döring**, Solotänzerin vom k. Hoftheater in Dresden, als Gäste. — Vorher: **„Das war ich.“** Lustspiel in einem Akt von Hutt. — Zum Schluß, zum ersten Male: **„Il Joreadoro“**, neuer spanischer Nationaltanz aus dem Ballet: „Das hübsche Mädchen von Gent“, getanzt von Frln. **Lucile Grahn**.

K. 4. VII. 7. C. □ I. u. II.

(Statt besonderer Meldung.)
Henriette Woller,
Moritz Oelsner,
Verlobte.
Breslau und Oels, den 2. Juli 1850.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere heut hier vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden ergebenst an.

Flinsberg, am 28. Juni 1850.
Adolar Scheurich,
Marie Scheurich, geb. Licht.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh um 7½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau **Maria**, geb. **Kühn**, von einer gesunden Tochter, beehre ich mich, entfernten Verwandten und Freunden, ergebenst anzuzeigen.

Wahlstatt, den 30. Juni 1850.
Dr. **M. Bobertag**, Regimentsarzt.

Todes-Anzeige.

Heute starb der Kand. der Philologie **Adolf Deutsch**, 27 Jahr alt, welches theilnehmenden Freunden hiermit ergebenst anzeigen:
die Hinterbliebenen.
Breslau, den 1. Juli 1850.

Einladung.

Das Korps **Saxoborussia zu Heidelberg** ladet hiermit Alle, welche seit dem Jahre 1820 Mitglieder desselben waren, ein, zur Feier des drei und zwanzigjährigen Bestehens der weiß-grün-schwarz-weißen Farben, den am **10. Juli** stattfindenden Kommerce in Neckarsteinach mitzumachen.

Diejenigen, welche dieser Aufforderung zu folgen Willens sind, werden ersucht, womöglich ihre Ankunft in Heidelberg einem der Unterzeichneten zeitigen Chargirten anzumelden.

Heidelberg, den 17. Juni 1850.
L. A. Vieira da Silva.*
Carl v. Ernest.**
Oscar Meding.***

In Bezug auf die Annonce der Mad. **Jüpner,** geborne **Oudin,** in schles. Lissa, fühlen wir uns verpflichtet zu erklären, daß dieselbe mit Eifer und Pflichttreue für die geistige und körperliche Ausbildung ihrer Zöglinge zu sorgen sich bestrebt und daß wir mit Freuden den segensreichen Erfolg ihrer Mühwaltung an unsern Kindern erkennen.

Sämmtliche Eltern der Madame Jüpner'schen Schüler.

Ich sehe mich genöthigt die kürzlich erlassene Aufforderung zu wiederholen, daß ich einen Hauslehrer zu engagiren wünsche, der drei Kinder von 6 bis 11 Jahren Elementar-, Musik- und französischen Unterricht ertheilen kann.

Ndr. Giersdorf bei Grottkau, den 1. Juli 1850.
Grosser, Landesältester.

Bekanntmachung.

Wohnungsveränderung bestimmt mich, mein in schönster Umgebung hiesiger Stadt, nahe am Bahnhof gelegenes Grundstück baldigst zu verkaufen oder auf mehrere Jahre zu verpachten.

Als herrschaftliche Villa eignet sich dasselbe vorzugsweise, da selten Stadt- und Landleben angenehmer vereinigt sind.

Wohn- und Wirthschaftsgebäude sind vor 4 Jahren neu und durchweg massiv erbaut. Im untern Stock des erstern wird eine rentable Restauration betrieben, deren Pacht mit 1. Oktober d. J. abläuft.

Gegen 20 Morgen besten Areals, — inclus. Parkanlagen, Gemüsegarten, Steinbruch, — und die vor der Thür vorbeiführende Görlitz-Zittauer Chaussee umschließen die Hoferaithe.

Die auf dem Grundstück haftenden Gesammt-Abgaben betragen jährlich nur 1 Rthlr. 4 Sgr. 6 Pf., wofür das Recht der Entnahme sämmtlichen Holzbedarfes vom städtischen Holzhofe, zum billigeren Bürgerpreise, eintritt.

Eine gerichtliche, im Ganzen gering ausgefallene Taxe, stellt den kapitalisirten jährlichen Reinertrag auf netto 11,000 Rthlr. fest, der sich aber, vermöge der dem hiesigen Ort so vielseitig eröffneten günstigen Auspicien von Jahr zu Jahr erfreulich erhöhen dürfte.

Bei Realisirung eines Kaufgeschäfts könnte die Hälfte, auch ⅔ des Werthes darauf stehen bleiben, wogegen die Pachteinleitung eine Kaution auf Höhe der ½-jährlichen Zinsrate wünschenswerth macht.

Görlitz, den 30. Juni 1850.
Siebenbürger.

Guts-Verkauf.

Mein zu Schmarse, Kr. Oels, an der Oels-Breslauer Chaussee gelegenes, in gutem Bauzustande befindliches Freibauergut von circa 146 Morgen gut kultivirten Acker- und Wiesenlandes, ersteres durchgehends zu Weizen- und Flachsbau sich eignend, beabsichtige ich nebst vollständigem Inventarium, und in Aussicht stehender reichlicher Erndte aus freier Hand zu verkaufen. Bemerkt wird, daß die Hälfte des Kaufgeldes erforderlichen Falls auf dem Gute stehen bleiben kann, und wollen sich, ernstliche Käufer ohne Einmischung eines Dritten zu jeder Zeit bei mir melden.

C. F. verwittw. Seeliger.

Wegen vorgerücktem Alter des Besitzers ist ein Gut, 1000 Morgen Fläche enthaltend, zu verpachten. Das Nähere unter L. M. poste restante Freiburg in Schlesien.

Bei **L. Weyl** und Comp. in **Berlin** ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen in **Breslau**, so wie bei **G. P. Aderholz** daselbst zu haben:

Die Preußische Gesetzgebung seit 1848.

Enthaltend alle seit 1848 bis Mitte Juni 1850 erlassenen Gesetze. Ein Handbuch für Justiz- und Verwaltungsbeamten, so wie für jeden Geschäftsmann. Herausgegeben von **Pegert** und **Straube.** Preis, geh. 12 Sgr.

Auch unter dem Titel:

Anhang zu Zimmermann's Landrechte,

worauf wir die vielen Besitzer dieses Werks noch besonders aufmerksam machen.

☞ **Ferner erschien soeben:**

Der Preußische Geschworene.

Enthaltend die Verordnung vom 3. Januar 1849 nebst vollständiger Erläuterung 2c. Ein unentbehrliches Hülfsbuch für jeden Geschwornen. Von **P. Fischer.** Preis, geh. 5 Sgr. Kein Geschworner sollte die geringen Kosten scheuen, sich dieses Werkchen anzuschaffen, das ihn vollständig über Alles ihm Wissenswerthe Auskunft ertheilt.

Ostbahn.

Die Lieferung von 6 kombinirten Eisenbahn-Personenwagen 1. und 2. Klasse, franko Bahnhof Kreuz am 1. Juli 1851 abzuliefern, soll in 2 Loosen à 3 Stück im Wege der Submission ausgegeben werden. Geeignete Unternehmer wollen ihre Offerten für eines oder beide Loose portofrei unter der Bezeichnung

„Submission auf Lieferung von Personenwagen 1. und 2. Klasse für die Ostbahn“

zu dem anstehenden Submissions-Termine:

Donnerstag den 1. August 1850, Mittags 12 Uhr,

in dem Central-Büreau der unterzeichneten Direktion der Ostbahn versiegelt einreichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa persönlich erscheinenden Submittenten eröffnet werden sollen. Später eingehende oder den Bedingungen nicht entsprechende Offerten werden nicht berücksichtigt.

Die Lieferungsbedingungen nebst den Zeichnungen der Wagen werden auf portofreie Gesuche von hier aus mitgetheilt.

Bromberg, den 24. Juni 1850. **Königl. Direktion der Ostbahn.**

Ostbahn.

Die Lieferung von 10 Stück offenen Güterwagen, franko Bahnhof Kreuz am 1. Juli 1851 abzuliefern, soll in Loosen von je 5 Stück im Wege der Submission ausgegeben werden. Geeignete Unternehmer wollen ihre Offerten für eines oder beide Loose portofrei unter der Bezeichnung:

„Submission auf Lieferung offener Güterwagen für die Ostbahn“

zu dem anstehenden Submissions-Termine:

Donnerstag den 1. August 1850, Mittags 12 Uhr,

in dem Central-Büreau der unterzeichneten Direktion der Ostbahn versiegelt einreichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa persönlich erscheinenden Submittenten eröffnet werden sollen. Später eingehende oder den Bedingungen nicht entsprechende Offerten werden nicht berücksichtigt.

Die Lieferungsbedingungen nebst den Zeichnungen der Wagen werden auf portofreie Gesuche von hier aus mitgetheilt.

Bromberg, den 24. Juni 1850. **Königl. Direktion der Ostbahn.**

Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.

Die Herren Aktionäre der Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern laden wir zu einer auf **Mittwoch den 10. Juli** c. **Nachmittag 3 Uhr im hiesigen Börsenlokale** anberaumten außerordentlichen General-Versammlung ein. Gegenstände der Berathung und Berathung werden sein:

1) Beschaffung eines zum Betriebe des Geschäftes erforderlichen Kapitals, und Feststellung der Höhe, sowie der Modalitäten der Verzinsung, Sicherstellung und Rückzahlung desselben.
2) Vereinbarung über einige Abänderungen des am 12. Febr. 1849 errichteten Gesellschafts-Vertrages und Ergänzung desselben durch die das ad 1 gedachte Betriebs-Kapital betreffenden Bestimmungen.
3) Genehmigung und Vollziehung eines nach Maßgabe der vereinbarten Abänderungen und Ergänzungen umgearbeiteten Gesellschafts-Vertrages.

Nichterscheinende Aktionäre werden als den von den Erschienenen mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüssen beitretend erachtet.

Breslau, den 1. Juli 1850.
Direktorium der Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.

Ein Gut von 700—1000 Morgen

womöglich in der Nähe einer Rüben-Zucker-Fabrik wird baldigst zu pachten gesucht. Offerten bitte ich mir unter folgender Adresse franko einzusenden:

J. B. Breslau, Ohlauerstraße 32, erste Etage.

Avis für die Provinz Schlesien.

Hiermit beehren wir uns unsern geehrten Freunden die ergebene Anzeige zu widmen, dass mit dem heutigen Tage **nur**

Herr **Eduard Gross in Breslau**

für uns zu agiren beginnt.

Zur Bequemlichkeit unserer geehrten Abnehmer übertrugen wir demselben auch eine Niederlage unserer langjährig bekannten **Mostrich-Fabrikate,** die durch denselben, gleich wie direct von uns ab Magdeburg zu Fabrikpreisen in

¹⁄₁ und ½ Ankern und in Krausen

zu beziehen sind.

Wir ersuchen nun die geehrten Herrn Reflectanten, die diesen kürzeren Weg vorziehen sollten, sich an obengenannten Herrn Eduard Gross zu wenden, und sich der promptesten Effectuirung ihrer Aufträge versichert zu halten.

Magdeburg, den 29. Juni 1850.

F. Klingner u. Comp.

Mich an obiges Avertissement beziehend, übergebe ich alle weiteren besondern Empfehlungen dieser schon so langjährig rühmlichst bekannten **Mostrich-Fabrikate,** und erlaube mir nur den geehrten Herren Abnehmern die Versicherung zu geben, wie jeder mir ertheilte Auftrag sofort bestens ausgeführt wird.

Eduard Gross in Breslau.

Abonnements-Konzerte im Schießwerder.

Unterzeichneter beabsichtigt, durch die Monate Juli, August, September in dem Garten des Schießwerders, und zwar **Montag, Donnerstag** von Nachmittag 4—9 Uhr einen Cyclus von 12 Abonnements-Konzerten zu geben. Der allgemein beliebte Dirigent der Musik-Gesellschaft Philharmonie, Herr **Johann Göbel**, hat mit einer ausgezeichneten Kapelle die Leitung der Musik übernommen; und da das geehrte Publikum außer den bereits vorhandenen, noch durch eine im Bau begriffene größere und hinlänglich gegen Sturm und Regen Obdach gewährende Kolonnade geschützt sein wird, so erlaube ich mir nachstehende Abonnements-Bedingungen einem hochgeehrten Publikum vorzulegen, und zu zahlreicher Unterzeichnung der in den Musikalien-Handlungen der Herren:

Scheffler, vormals Cranz, Ohlauerstraße,
F. E. C. Leuckart, Schuhbrücke,
in der Restauration des Herrn **Riegner**, Nikolaistraße,
bei dem Herrn Kaufmann **Helm**, Rosenthalerstraße

und dem Unterzeichneten ausgelegten Subskriptionslisten ergebenst einzuladen.

Die Abonnements-Bedingungen für diese 12 Konzerte sind:

für eine Person	15 Sgr.
für zwei Personen	24 Sgr.
für jedes mehr hinzutretende Mitglied	12 Sgr.

Breslau, den 1. Juli 1850. **A. Schwartzer.**

Zur Beachtung und Warnung.

Auf dem Wege von Bernstadt nach Breslau, zwischen den Dörfern Schmollen und Pischkawe, ist mir gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr, in dem zu Koitschen gehörigen Busche, ein auf dem Wagen hinten aufgebundener Lederkoffer, durch Abschneiden gestohlen worden. Derselbe enthielt, außer einem schwarz seidenen und einem schwarz wollenen Damenkleide noch ein buntes und verschiedene andere Damenbekleidungsgegenstände. Außerdem waren noch darin: Wäsche, gezeichnet L. v. P., fünf Thaler Kassenanweisungen, ein Zweithalerstück, und eine schwere goldene Kette mit breiten Gliedern, im Werth von 70 Rtl. Wer zur Erlangung dieser Gegenstände verhilft, wird angemessen belohnt; zugleich wird vor dem Ankauf der Kette gewarnt.

Omechau, Kreis Kreuzburg, den 1. Juli 1850.

v. Prittwitz u. Gaffron.

Verkauf von Eisenwaaren zu Koch- u. Heiz-Oefen.

In meiner Schlosserwerkstatt, früher im Seitenbeutel, jetzt **Ohlauer Vorstadt, Brüderstraße Nr. 2,** sind wie früher alle Arten **eiserne Feuerungsgegenstände** vorräthig. Bei den Kochkasten sind die Falzplatten, um das Zerspringen zu vermeiden, von **Walzeisen.**

C. Liedecke sen., Schlossermeister.

Am Centrum

bedeutender Chausseen und einer Eisenbahn, am Fuße des Gebirges, wahrhaft romantisch gelegen, ist ein **Gasthof** 1. Klasse, bedeutender Frequenz-Ort vieler Reisender, mit sämmtlichem Zubehör, neu gebaut, mit großem Garten, bei der so höchst billigen Anzahlung von nur 2500 Rtl. sofort zu übernehmen. Zeichnung und Bedingungen wird das **Universal-Bureau** für Schlesien, Kupferschmiedestr. Nr. 11, vorlegen.

NB. Auch sind **2000 Rtl.** auf ein hiesiges Grundstück zur 1. Hypothek **sofort** zu vergeben.

Mein vieljähriger Freund und bisheriger Socius, Herr **C. A. Schonert,** hat durch den Tod seines älteren Bruders dazu veranlasst, mein hiesiges Geschäft mit dem heutigen Tage verlassen, und habe ich die fernere Leitung desselben dem Herrn **C. W. Ziegler,** einem gleichfalls vieljährigen treuen Mitarbeiter in demselben, unter Ertheilung der Procura, von heute ab übertragen.

Breslau, den 1. Juli 1850. **J. F. W. Güssfeldt.**

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf dem Sande an der Oberschleuse Nr. 1 belegenen, dem Klempner-Meister **Benjamin Ludwig** gehörigen, auf 1691 Rthlr. 26 Sgr. 5 Pf. geschätzten Grundstücks zum Zwecke der Auseinandersetzung haben wir einen Termin

auf den 3. Oktober 1850,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath **Fritsch** in unserem Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 8. Mai 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Die uns erstattete Anzeige, daß die einem schles. Pfandbriefe über 50 Rtl. entsprechenden Zinskoupons Nr. 84,778 Litt. C bis K, dem Dr. med. **Mattersdorf** in Liegnitz abhanden gekommen seien, wird nach Vorschrift der Prozeß-Ordnung Tit. 51 § 125 hiermit bekannt gemacht.

Breslau, am 1. Juli 1850.
Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Porter-Bier-Auktion.

2 Orhoft unversteuertes Porter-Bier sollen auf dem hiesigen Packhofe gegen sofortige Zahlung und Versteuerung Freitag den 5ten d. M. um 11¾ Uhr veräußert werden.

Breslau, den 1. Juli 1850.
Hertel, Kommissionsrath.

Auktions-Anzeige.

Freitag den 5. d. M., Vorm. 9 und Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 3 alte Taschenstraße diverse Pfand- und Nachlaßsachen, bestehend in Leinenzeug, Betten, Kleidungsstücken, Möbeln, Hausgeräthen; circa 3 Zentner Lacmus, 5 Pfund Pfeffermünzöl, 1 Doppelflinte und 16 Frühbeetfenster versteigert werden.

Breslau, den 1. Juli 1850.
Hertel, Kommissionsrath.

Auktions-Anzeige.

Freitag den 5. d. M., Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 3 alte Taschenstraße, 44 Ztnr. kassirte zum Einstampfen bestimmte Akten, gegen sofortige Zahlung versteigert werden. Der Ankauf gedachter Akten ist jedoch nur Papierfabrikanten gestattet.

Breslau, den 2. Juni 1850.
Hertel, Kommissionsrath.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag den 4. d. M., Mittags 12 Uhr, sollen in Nr. 42 Friedrich-Wilhelmsstraße (Stadt Köln) 3 vorzüglich milchende Küche, 2 Pferde, 3 Wirthschaftswagen, 4 Pferdegeschirre, 4 Pflüge und 2 Radwern gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 1. Juli 1850.
Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 4. d. Mts. Vorm. 10 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestr. wiederum eine Partie div. Cigarren und Weine versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Kom.

Auktion. Am 5. d. Mts. Vorm. 9 Uhr werden in Nr. 7 am Ritterplatze wegen Aufgabe eines chambre garni Geschäfts gute Möbel, wobei viele von Mahagoni, Betten, Porzellan kupferne und andere Gefäße, Gardinen, Rouleaux und Tischwäsche versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Kommiss.

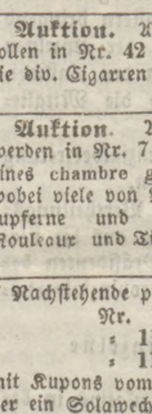
Nachstehende preußische freiwillige Anleihe

Nr. 3470 über 50 Rtl.
„ 11,170 „ 10 „
„ 11,171 „ 10 „

mit Kupons vom 1. Oktober 1850 ab, wie ferner ein Solawechsel über 200 Rtl., zahlbar am 9. August d., ausgestellt von Chaim Markowicz aus Wittkowo, und 3 Wechsel zu 50 Rtl., ausgestellt von Simon Löwenthal, Jakob Basinski aus Wittkowo und von Belitz aus Rochocinek, sind mir am 19. Juni 1850 **gestohlen** worden.

Vor dem Ankaufe dieser Papiere wird gewarnt.

Wittkowo, den 30. Juni 1850.
C. L. Citron.



Selterwasser-Pulver,
(Poudre Fèvre.)

Allen Anforderungen entsprechend, in seiner ausgezeichneten Güte als **deutsches** Fabrikat rühmlich bekannt, von meinen hochgeehrten permanenten Käufern vor ähnlichen Fabrikaten vorzugsweise belobt, und dadurch zur **Supériorité** gelangt; Reisenden unentbehrlich, das Original-Paket, zu **20** Flaschen Brunnen berechnet, **15 Sgr., 12 Packete 5 Rtl.,** empfiehlt ergebenst:

Eduard Groß,
am Neumarkt Nr. 42.

Ein Rittergut,

über 500 Morgen meistens Weizen- und sehr tragbarer Kornboden, vorzügliche Wiesen und Waldung, das Schloß und die Wirthschaftsgebäude massiv, theils erst neu erbaut, das Inventarium hat außer dem Pferde- und Rindviehbestand, vorläufig 300 Schafe, können aber 5000 Stück gehalten werden. Dieses Gut liegt sehr romantisch, und ist, Familienverhältnisse wegen, für 20,000 Rtl. (Anzahlung 6000 Rtl.) sofort zu verkaufen. Näheres sagt der Kommissionär **G. Meyer** in Hirschberg.

Den Herren Apothekern,

welche beabsichtigen, zum 1. Oktober d. J. für ihr Geschäft einen ganz zuverlässigen, soliden, anspruchslosen und erfahrenen Mann möglichst dauernd zu engagiren, wird hiermit gewissenhaft ein solcher durch einen Nicht-Agenten offerirt und auf frankirte Briefe sub Litt. G. in Frankenstein sofort nachgewiesen.

Das Lager

des ächten **Schweizer Kräuter-Oels** von **K. Willer,** befindet sich jetzt **Schuhbrücke Nr. 54,** 3. Etage.

W. Heinrich u. Comp.

1000 Thaler

werden gegen **genügende Sicherheit** zu 6 pCt. Zinsen baldigst gesucht. Näheres grüne Baumbr. Nr. 1, 3 Stiegen, bei **Krause.**

Gasthaus-Verkauf.

Ein neugebautes frequentes **Gasthaus** mit **Destillation,** in einer kleinen aber belebten Provinzialstadt, ist wegen Kränklichkeit des Besitzers zu verkaufen. Näheres beim Herrn Kommissionär **E. Berger,** Bischofsstr. 7.

Eine starke mit eisernem Spindelkasten und gußeisernem Schwungrad versehene **Drehbank,** zu jeden Metall-Arbeiten sich eignend, ist preiswürdig zu verkaufen. Das Nähere Weißgerbergasse Nr. 21.

Eingetretener Umstände wegen ist in der 3ten Etage, Schweidnitzer Straße Nr. 4, eine helle freundliche Wohnung von 4 Stuben, Küche, Entree nebst Zubehör, sofort billig zu vermiethen, Näheres bei **Dreher** derselben Str. Nr. 7.

Fabrique de Corsets.
Changement de domicile Mme. de Ragville-Rawitz
demeure actuellement
Ohlauerstrasse No. 77.

Die **Corsett-Fabrik** von Mme. **de Ragville-Rawitz** ist gegenwärtig **Ohlauerstraße Nr. 77.**

Engl. Steinkohlentheer u. Pech

empfiehlt in ganzen und getheilten Tonnen billigst:

Julius Lauterbach,

Albrechtsstraße Nr. 27, vis-à-vis **der Post.**

3000 Rtlr.

werden auf ein Freigut, welches gegen 400 Mg. Weizen-Boden hat, zur 1. Hypothek gesucht. Das Nähere Ketzerberg 28 bei **Hoffmann.**

Comtoir-Stelle

für ein Engrosgeschäft wird zu Michaelis d. J. ein routinirter junger Mann als Komptoirist gesucht durch das Komptoir von

Clemens Warnecke in Braunschweig.



Die mir zur Reparatur übergebenen und bestellten Gegenstände bitte ich bis

Ende dieser Woche

gefälligst abfordern zu lassen.

D. Koehn, Hofoptikus,
Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7, im Hause der Herren Brunzlow und Sohn, zu sprechen von 8—1 oder 3—7 Uhr.

Fürstensgarten.

Heute Mittwoch **großes Konzert** der **Breslauer Musikgesellschaft.**
Anfang 5 Uhr, Ende nach 8 Uhr.

In der doppelten Buchhalterei

wird gründlicher Unterricht ertheilt **Hummerei Nr. 17** im ersten Hofe rechts 1 Treppe.

Bei einer anständigen Wittwe kann ein solides Mädchen oder eine solche Frau eine freundliche und billige Aufnahme finden. Näheres Nikolaistraße Nr. 15.

Der Ausverkauf

der noch übrigen Eisenwaaren wird bis Ende September **Schuhbrücke Nr. 54,** 3te Etage, fortgesetzt, und die billigsten Preise versprechend, bitten ergebenst um gefällige Abnahme:

W. Heinrich u. Comp.,
früher am Ringe Nr. 19,
jetzt **Schuhbrücke Nr. 54.**

Offerte.

Eine weibliche Person, die nicht wünscht sich zu verehelichen und doch ein Geschäft führen möchte, kann in einem sehr vortheilhaften und keiner Mode unterworfenen schon bestehenden Geschäfte Theil nehmen, auf Zeit oder lebenslang, gegen eine Einzahlung von 500 bis 1000 Rtl. Ernstlich entschlossene Meldungen unter der Adresse **F. J. S. poste restante Breslau.**

Ein **Lehrling** zur Handlung wird gesucht. Nähreres bei **Jungmann u. Graeupner,** Ring Nr. 52.

Ein **Gasthaus,** an der Chaussee gelegen, ohnweit Breslau in der schönsten Gegend, höchst rentabel, wozu einige Morgen Land besten Bodens gehören, ist bei Anzahlung von 4000 Rtl. sofort zu verkaufen. Näheres bei

Herrmann Lewin, Oderstr. 7.

Die erste Sendung neuer

Holl. S. M. Mai-Käse

empfing gestern und empfiehlt:

Carl Straka,

Albrechtsstr. 39, der königl. Bank gegenüber.

Eine Doppelflinte, für deren Güte garantirt wird, ist incl. Futteral billig zu verkaufen. Näheres beim Goldarbeiter Herrn **Leuttner,** Schmiedebrücke Nr. 12.

Werderstraße 18

ist eine Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, Küche nebst Zubehör zu vermiethen und Termin Michaelis zu beziehen.

Ebendaselbst ist auch ein Pferdestall, eingerichtet zu 2 Pferden sofort zu vermiethen.

Am Ringe Nr. 56 (Naschmarktseite) sind zu Termin Michaelis d. J.

1 Mittelwohnung und
1 Remise

billig zu vermiethen.

Zu vermiethen

eine Wohnung im ersten Stock vornheraus, auch eine große Werkstatt mit auch ohne Wohnung zu Michaeli zu beziehen, Schuhbrücke Nr. 18.

Schmiedebrücke Nr. 13

im 2. Stock ist eine Vorderstube nebst Küche, Keller zu vermiethen und bald zu beziehen.

Ein Wagenplatz

ist zu vermiethen und bald zu beziehen. Das Nähere Schuhbrücke Nr. 43 par terre.

Junkernstraße Nr. 24

ist die 2. Etage zu Michaelis zu vermiethen und das Nähere in demselben Hause par terre zu erfahren.

Ohlauerstraße Nr. 9

ist die größere Hälfte der 3. Etage bald oder zu Michaelis zu vermiethen.

Wohnungen verschiedener Grösse, neu tapezirt, sind zu beziehen Sandstrasse No. 12, an der Promenade. Näheres 1. Etage bei dem Haushälter.

Vermiethungs-Anzeige.

Matthiasstraße Nr. 86, zwei Stiegen hoch, ist eine freundliche Wohnung, bestehend aus Stube und Alkove, nebst Küche und Bodengelaß, wegen Versetzung des Miethers zu Termin Johannis zu vermiethen.

☞ **Zu vermiethen**

Ohlauerstraße 56 zwei große herrschaftliche elegante Wohnungen, erste und zweite Etage, mit oder ohne Stallung.

Das **Tabakgewölbe** mit Gaseinrichtung ist Schmiedebrücke Nr. **48** bald zu vermiethen.

Das **Eckgewölbe** nebst Zubehör im Hotel de Saxe ist sogleich zu vermiethen.

Wegen Versetzung ist Herrenstr. Nr. 20 eine freundliche Wohnung von zwei Stuben, Küche und Zubehör, im zweiten Stock, für 80 Thaler, bald zu vermiethen.

Eine Wohnung

im 2. Stock, bestehend in zwei Vorder- und einer Hinterstube, freundlichen Küche, Entree, Nebengelaß, überhaupt mit jeder Bequemlichkeit versehen, ist zu Michaelis zu vermiethen.

Kupferschmiedestraße Nr. 48.

Zu vermiethen zu Michaelis

Nikolaistraße Nr. 8, der 2. Stock, bestehend aus 4 Stuben, 1 Alkove, 1 Entree, Küche und Zubehör. Das Nähere zu erfahren daselbst im Gewölbe, bei Madame **Hartzig.**

Zu vermiethen, bald oder Michaelis zu beziehen ist der 2. Stock von 4 Stuben und Kabinet und ein Gewölbe, Altbüßerstr. Nr. 28.

Zu vermiethen

und bald oder Termin Michaelis zu beziehen ein großes geräumiges Comptoir und eine Wohnung im ersten Stock im Hofe Karls-Straße Nr. 41.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 84, Tauenzienstraße, ist in der 2ten Etage ein freundliches Quartier, bestehend in 4 Stuben nebst Zubehör sofort oder von Michaelis d. ab zu vermiethen. Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Eine Wohnung im 3. Stock, Ohlauerstraße Nr. 43, bestehend in 5 Zimmern nebst Zubehör ist Michaelis zu vermiethen. Das Nähere im 1. Stock.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.

Kammerh. Bar. v. Dallwitz a. Leipe. Gutsbes. Siber aus Sackrau. Gutsbes. Graf von Pückler aus Thomaswaldau. Ober-Gerichts-Assessor Groschke, Hof-Vergolder Lesdorff und Gymnasiallehrer Dr. Franke und Täuber aus Berlin. Majorin von Schlichten aus Ohlau. General Graf v. Pückler aus Frankfurt a. O. Kapitain Nassolin aus Petersburg. Baron v. Muschwitz aus Gr.-Strehlitz. Lieut. v. Schickfus aus Hamm. Apotheker Kemper aus Osnabrück. Kaufm. Spenzer aus Hannover. Kaufmann Honorez aus Krakau. Hauptmann Keller aus Warmbrunn. Herr Knothe a. Hirschfelde.

---

1. v. 2. Juli	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″8,55‴	27″7,71‴	27″6,91‴
Thermometer	+ 13,8	+ 12,5	+ 20,5
Windrichtung	WNW	N	NO
Luftkreis	heiter	heiter	bewölkt.

Börsenberichte.

Breslau, 2. Juli. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Gl. Kaiserliche Dukaten 96½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112½ Br. Polnisch Courant 96⁷⁄₁₂ Br. Oesterreichische Banknoten 86¼ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 104 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 86 Gld. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 98 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100¹¹⁄₁₂ Br., neue 3½% 90¼ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95¹¹⁄₁₂ Br., Litt. B. 4% 100½ Gld., 3½% 93 Br. Alte poln. Pfandbriefe 96¾ Br., neue 96½ Br. Polnische Schatz-Obligationen 81 Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 80¾ Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 73⁷⁄₁₂ Gld., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106 Gld., Litt. B. 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 70¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 83½ Gld., Priorität 5% — — — Serie III. — — — Neisse-Brieger 35 Gl. Köln-Mindener 96⅝ Gld. Priorität 103⅝ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 43 Br.

Berlin, 1. Juli. Die Börse war heute sehr animirt und die meisten Effekten waren sowohl pr. Kasse als auf Zeit zu höheren Coursen gefragt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Mindner 3½% 97¾ à ¼ bez., Prior. 5% 103⅜ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 70¼ bez. und Br., Priorität 83 Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 41⅞ à 42½ bez., Prior. 5% 98½ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83⅞ bez., Priorität 4% 94¾ à 95 bez., Prior. 5% 104½ à ⅝ bez., Ser. III. 5% 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 28 Br. Oberschlesische Litt. A. 3½% 105¾ bez. und Gld., Litt. B. 3½% 103¾ Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105⅞ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 86½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 103¼ bez. Posener Pfandbriefe 4% 100½ Gl., 3½% 90¾ bez. Preußische Bank-Antheile 98½ à ¾ bez. und Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96¼ Gl., neue 4% 96¼ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 80⅞ bez., à 300 Fl. 131 Gl.

Wien, 1. Juli. Bei unbelebtem Geschäft waren Fonds und Aktien wenig verändert. Bank-Aktien ohne Dividende bis 1110 (1125) gemacht, schlossen zur Notiz begehrter. Andere Fonds eher matter. London l. S. angeboten, k. S. gesucht.

5% Metal. 95⅞ bis 96; 4½% Metal. 83⅝ bis ¾; Nordbahn 109½ bis ¾; Hamburg 2 Monat 175¾; London 3 Monat 11. 57.; Silber 118⅜.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise.

Breslau, 2. Juli. Weizen, weißer 57½, 50, 42 Sgr. Weizen, gelber 56, 49, 41 Sgr. Roggen 29, 27, 25½ Sgr. Gerste 22, 20½, 19 Sgr. Hafer 19, 18, 17 Sgr. Rother Kleesaamen 7 bis 13 Thlr. Weißer Kleesaamen 5 bis 10 Thlr. Spiritus 6½ Thlr. bez. Rohes Rüböl 11 Thlr. Br. Zink loco 4 Thl. 11 Sgr. Gl. Winter-Rübsen 67 bis 69 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.